Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4516

31. 10. 80

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 24. September bis 2. Oktober 1980 in Straßburg

Während der Herbsttagung (Zweiter Teil der 32. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Tätigkeitsbericht des Präsidiums**, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit.

  Hierzu sprach Abg. Frau von Bothmer (S. 5)

  Die Versammlung nahm folgende Beschlüsse des Ständigen Ausschusses vom 3. Juli 1980 zur Kenntnis:

  Empfehlung 894 betr. das 7. Seminar über den Internationalen Freiwilligendienst

  Empfehlung 895 betr. die Zukunft der kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Europa

  Empfehlung 896 betr. eine europäische Politik im Bereich der Planung und Konstruktion von Direktsendesatelliten

  Empfehlung 897 betr. Studien- und Schüleraustausch zwischen den europäischen Staaten

  Empfehlung 898 betr. Gedenkstätten

  Entschließung 732 betr. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551

Entschließung 733 betr. Verbot der Verwendung von Chlorfluorkohlenwasserstoffen und anderen Maßnahmen zur Erhaltung der Ozonschicht.

Entschließung 734 betr. die Beziehungen der Parlamentarischen Versammlung zu den nationalen Parlamenten (S. 6)

Entschließung 735 betr. Antwort auf den 7. Tätigkeitsbericht des Weltnahrungsmittelprogramms der UN/FAO

Entschließung 736 betr. die Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung.

— **Bericht des Ministerkomitees**

— **Politische Fragen** (Die allgemeine Politik des Europarates vor der KSZE-Konferenz in Madrid; die Lage in Bolivien; die Lage in der Türkei; die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wiederauflebens faschistischer Propaganda und ihrer rassistischen Aspekte)

Hierzu sprachen die Abgeordneten Dr. Mende (S. 14; 18; 20), Dr. Vohrer (S. 16), Frau von Bothmer (S. 19), Reddemann (S. 20).
Beschlüsse der Versammlung:

Entschließung 742 betr. die Lage in Bolivien

Empfehlung 904 betr. die Lage in der Türkei (S. 20)

Direktive 392 betr. die Lage in der Türkei

Entschließung 743 betr. die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wiederauflebens faschistischer Propaganda und ihrer rassistischen Aspekte (S. 22)

— **Wirtschaft und Entwicklung** (Tätigkeitsbericht der OECD 1979; Internationale Steuervermeidung und Steuerflucht; die Zusammenarbeit zwischen Ländern Nord- und Südeuropas; Folgemaßnahmen zur Empfehlung 861 [1979])

Hierzu sprach Abg. Flämig (S. 7)

Beschlüsse der Versammlung:

Entschließung 737 betr. den Tätigkeitsbericht der OECD 1979

Empfehlung 905 betr. die Zusammenarbeit zwischen Ländern Nord- und Südeuropas: Folgemaßnahmen zur Empfehlung 861 (1979)

— **Rechtsfragen** (Das Recht des Markenschutzes)
Beschluß der Versammlung:

Empfehlung 899 betr. das Recht des Markenschutzes

— **Kultur und Erziehung** (Die Olympischen Spiele und ihre Zukunftsaussichten; Jugendzusammenarbeit in Europa)

Hierzu sprach Abg. Dr. Müller (S. 11)

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 900 und Entschließung 738 betr. die Olympischen Spiele und ihre Zukunftsaussichten (S. 12)

Empfehlung 902 betr. Jugendzusammenarbeit in Europa

— **Wanderarbeitnehmer, Flüchtlinge und Demographie** (Palästinaflüchtlinge und die Aktivitäten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten; das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen; Visumzwang für türkische Staatsangehörige)

Hierzu sprachen Abg. Dr. Geßner (S. 13); Frau von Bothmer (S. 23; 25), Reddemann (S. 24; 25)

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 901 betr. Palästinaflüchtlinge und die Aktivitäten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) (S. 12)

Empfehlung 903 betr. das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen (S. 14)

Empfehlung 906 betr. Visumszwang für türkische Staatsangehörige (S. 25)

— **Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern**

(Die Menschenrechte in der Sowjetunion; die Lage der jüdischen Gemeinden in der Sowjetunion)

Beschlüsse der Versammlung:

Entschließung 739 betr. die Menschenrechte in der Sowjetunion und die Freiheit der friedlichen Versammlung und der Vereinigung in Osteuropa

Entschließung 740 betr. die Lage der jüdischen Gemeinden in der Sowjetunion

— **Wissenschaft und Technologie** Flugsicherung

Hierzu sprach Abg. Scheffler (S. 16)

Beschluß der Versammlung

Empfehlung 741 betr. Flugsicherung (S. 17)

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betreffenden Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Versammlung wählte den britischen Abgeordneten Sir Frederic Bennett zum Vizepräsidenten.

Zu den Mitgliedern des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte wählte die Versammlung Ronald MacDonald (Liechtenstein) und Sir Vincent Evans (Vereinigtes Königreich).

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der spanische Außenminister José P. Perez Llorca, vor.

Zur Versammlung sprachen der Stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister der Volksrepublik China, Huang Hua, der französische Premierminister, Raymond Barre, der Generalsekretär des Europarates, Franz Karasek, der Generalsekretär der OECD, Emile van Lennep, der Generalbeauftragte der UNRWA, Olof Rydbeck.

Als Beobachter nahmen an der OECD-Debatte parlamentarische Delegationen aus Australien, Kanada, Finnland, Japan, Neuseeland und den Vereinigten Staaten teil. Ferner konnte der Präsident eine Beobachterdelegation des Lateinamerikanischen Parlaments begrüßen.

Bonn, den 27. Oktober 1980

Reddemann	**Dr. Geßner**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Mittwoch, 24. September 1980

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Drucksache 4601)

Berichterstatter: Abg. Muheim

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich zunächst bei dem Kollegen Muheim für die Art und Weise, wie er über die Arbeit unseres Ausschusses berichtet hat.

In der Zeit, die dieser Bericht umfaßt, haben wir uns, wie er schon gesagt hat, natürlich mit den Hauptaufgaben unseres Ausschusses beschäftigt, nämlich mit den **Beziehungen zu den nationalen Parlamenten** und mit der **Öffentlichkeitsarbeit.**

Es muß Ihnen bald langweilig vorkommen, wenn wir das jedes Jahr wieder erwähnen. Aber da beides mehr oder weniger Sisyphusarbeiten sind, muß man sie immer wieder erwähnen, so wie wir immer wieder versuchen müssen, mit neuen Ideen und neuen Impulsen dieser Aufgabe gerecht zu werden, damit aus diesem Haus mehr herausgeht, als es sonst der Fall wäre.

Unsere Bemühungen, die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zu vertiefen und fruchtbar zu machen, fasse ich in einigen Punkten zusammen.

Wir brauchen erstens zumindest bessere Kontakte der Ausschüsse unserer Versammlung zu den entsprechenden Ausschüssen in den nationalen Parlamenten, vor allem zu jenen, die sich mit den besonderen Aufgaben und Themen des Europarats — Menschenrechte, Kulturpolitik, Jugendpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Rechtspolitik, Umweltpolitik — zu befassen haben. Die Initiativen des Europarats sollten dort aufgegriffen werden können. Sehr erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß gerade in dieser Woche der Rechtsausschuß sich mit dem Rechtsausschuß des schwedischen Parlaments treffen und eine gemeinsame Sitzung abhalten wird.

Zweitens brauchen wir bessere Kontakte der Beamten unserer Versammlung mit den Forschungs- und Dokumentationsdiensten der nationalen Parlamente. Bisher werden unsere Berichte von diesen Diensten nicht genügend berücksichtigt. Auch greifen Mitglieder unserer Versammlung und Ausschußsekretäre bei der Berichtvorbereitung nur unzureichend auf Dokumentationen und vor allem Initiativen und Gesetzestexte zurück, die es in den nationalen Parlamenten bereits gibt. Diese ihrerseits nehmen von unseren Entschlüssen nicht Kenntnis. Ich nenne nur ein Beispiel. Als vor einigen Monaten im Deutschen Bundestag eine Entschließung zur Todesstrafe vorbereitet wurde, hatten jedenfalls die Initiatoren keine Ahnung davon, daß gerade wir hier darüber Wesentliches erarbeitet hatten. Einige von uns wurden dann Gott sei Dank darauf aufmerksam und konnten die Entschließung des Europarats in die Arbeiten des Bundestages einfließen lassen.

All dies findet sich in der auf der Mini-Session angenommenen Entschließung 734, die Präsident de Koster den Präsidenten der nationalen Parlamente übermittelt hat. Bitte, liebe Kollegen, sorgen Sie dafür, daß diese Übermittlung nicht als Formsache behandelt wird, daß sie also nicht, wie sicher manches andere, den hochachtbaren bürokratischen Papierweg nimmt, der auf Grund privater Fleißarbeit zwischen Aktendeckeln endet, womit für uns wieder einmal weiter nichts geschehen wäre.

Auf seiner vorigen Sitzung im Juli in Madrid hat mein Ausschuß zur Informationspolitik wie schon früher festgestellt, daß es der Pressedirektion gewiß nicht an gutem Willen fehlt, der Versammlung mehr Publizität zu verschaffen. Dennoch konnten trotz zahlreicher Appelle und Resolutionen unseres Ausschusses verschiedene Ziele nicht erreicht werden. Ich denke zum Beispiel an das Erscheinen wichtiger Europarats-Publikationen in mehr nichtamtlichen Sprachen. Ich denke weiter an den Ausbau des Systems der DPI-Pressekorrespondenten und an die Abstellung eines Beamten der Pressedirektion für die speziellen Bedürfnisse der Versammlung und besonders die pressemäßige Betreuung ihrer Ausschüsse.

Das Auswerten der großen politischen Ereignisse ist natürlich für Presse- und Informationszwecke wichtig. Daneben dürfte aber die Verteilung eines Informationsbulletins über die Versammlungssitzungen, die Vorbereitung von sogenannten „fact sheets", wie sie Herr Muheim schon erwähnte, über die nationalen Delegationen bei der Versammlung, über die einzelnen Ausschüsse der Versammlung etc. nicht zu kurz kommen. Doch für diese notwendigen Arbeiten ist Personal weder bei der Direktion für Presse und Information noch beim Greffe verfügbar.

Bei alledem, was im Rahmen des Ausschusses für Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten und für Öffentlichkeitsarbeit geschieht und was dort zu erreichen versucht wird, darf man dessen politische Wirkungen nicht aus dem Auge verlieren. Ja, aus politischen Gründen ist eine nutzbringende Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten notwendig. Aus politischen Gründen bedürfen wir eines hohen Bekanntheitsgrades und eines hohen pressemäßigen Handelswerts.

Nehmen wir also bitte diesen Bericht heute nicht als eine geleistete Pflichtübung hin! Machen wir uns erneut klar, daß wir als Politiker, die wir uns doch wohl selber ernst nehmen, dafür mitverantwortlich sind, daß uns auch andere ernst nehmen müssen.

Entschließung 734 (1980)

betr. die Beziehungen der Parlamentarischen Versammlung zu den nationalen Parlamenten

Die Versammlung

1. hat von dem Bericht ihres Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit (Dok. 4548) über die Beziehungen der Versammlung zu den nationalen Parlamenten Kenntnis genommen;

2. vertritt die Ansicht, daß die Versammlung, auch wenn sie weder gesetzgebende Gewalt noch Befugnisse zur Kontrolle der Exekutive besitzt, das größte parlamentarische Forum der pluralistischen Demokratien in Europa bleibt, dessen Mitglieder alle ein nationales und ein internationales parlamentarisches Mandat zugleich ausüben;

3. vertritt die Ansicht, daß die Versammlung seit 1949 bestrebt ist, ihre Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, aus denen sie hervorgeht, auszubauen, um insbesondere die gegenseitige Kommunikation zu verbessern und sicherzustellen, daß den Empfehlungen und Entschließungen der beiden Organe des Europarates in den Mitgliedstaaten Folge geleistet wird;

4. ist der Auffassung, daß die Zusammenarbeit zwischen den europäischen parlamentarischen Versammlungen und den nationalen Parlamenten im Interesse der Einheit Europas und der Stärkung seines demokratischen Charakters notwendiger ist denn je und daß man zu diesem Zweck aus erprobten und bewährten Verfahrensweisen Lehren ziehen sollte;

5. fordert die nationalen Parlamente eindringlich auf:

   i. in den Formen, die sich ihrer Ansicht nach am besten eignen, die Verfahren anzuwenden und weiter zu entwickeln, die bereits in einigen Mitgliedstaaten angewandt werden, um die wichtigsten Texte der Parlamentarischen Versammlung zu prüfen und ihnen Folge zu leisten;

   ii. die Informationen über die Arbeiten der Versammlung zu verbessern und ihre Aktivitäten durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:

      a) Bezugnahme auf die Stellungnahmen der Versammlung zu den Übereinkommen des Europarates, wenn diese den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung unterbreitet werden;

      b) Erweiterung des Aufgabenbereichs der Ausschüsse (oder Unterausschüsse) für europäische Angelegenheiten, die bereits bestehen oder in den einzelnen nationalen Parlamenten eingerichtet werden könnten, damit die Angelegenheiten des Europarates mit einbezogen werden;

      c) Aushang (oder andere Arten der Bekanntmachung) der Tagesordnungen der Versammlung;

      d) Aufnahme von Informationen über die Aktivitäten der Versammlung in die von einigen nationalen Parlamenten veröffentlichten „Kurznachrichten"-Bulletins und die Vorbereitung von Pressespiegeln über die Arbeiten der Versammlung;

      e) Veröffentlichung der Berichte der Delegationen und der Beschlußtexte der Versammlung, die den nationalen Parlamenten offiziell übermittelt werden, als offizielle Drucksachen. (Die Beschlußtexte können gegebenenfalls in den nationalen Sprachen zur Verfügung gestellt werden);

6. fordert ferner die Herstellung engerer Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten, der Parlamentarischen Versammlung und anderen europäischen Versammlungen, insbesondere:

   i. durch die Einladung von Beobachtern der nationalen Parlamente zur Teilnahme an allen Formen der Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung und dem Europäischen Parlament, wenn ihre Mitwirkung und ihr Beitrag möglich und wünschenswert erscheinen;

   ii. im Rahmen der Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten;

   iii. durch das Europäische Zentrum für Parlamentarische Forschung und Dokumentation;

   iv. wenn die Erörterung spezifischer Themen von gemeinsamem Interesse es rechtfertigt, durch Beratungen oder Zusammenkünfte zwischen Mitgliedern nationaler Parlamentsausschüsse und entsprechender Ausschüsse der Versammlung unter Beteiligung von Regierungsexperten und gegebenenfalls Vertretern der zuständigen zwischenstaatlichen und nichtzwischenstaatlichen Organisationen, mit denen der Europarat in Verbindung steht;

   v. durch einen Informationsaustausch zwischen den Ausschußsekretariaten der Parlamentarischen Versammlung und den entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente über ihre jeweiligen Aktivitäten, wobei dieser Informationsaustausch über die Sekretariate der nationalen Delegationen stattfinden sollte;

   vi. durch die Übermittlung vollständigerer Informationen über die Arbeiten der nationalen Parlamente an den Greffier der Parlamentarischen Versammlung;

7. empfiehlt schließlich, daß die nationalen Delegationen im Hinblick auf die Verwirklichung der Empfehlungen und der Entschließungen der Versammlung Kontakte zu den entsprechenden Abteilungen der Ministerien in ihren Ländern herstellen oder verbessern;

8. erinnert daran, daß ihre Ausschüsse, die die Empfehlungen und Entschließungen der Versammlung vorbereiten, in erster Linie dafür verantwortlich sind, daß diesen Texten auf natio-

naler Ebene Folge geleistet wird, und fordert daher die Mitglieder dieser Ausschüsse und insbesondere ihre Berichterstatter auf, sich in dieser Hinsicht stärker zu engagieren, unter anderem durch eine engere Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs des Europarates, Franz Karasek

Tagesordnungspunkt:

Das Recht des Markenschutzes

(Drucksache 4595)

Berichterstatter: Abg. Frau Meier

Donnerstag, 25. September 1980

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht der OECD 1979

(Drucksachen 4557 und 4592)

Berichterstatter: Abg. Baeza Martos

Abg. Flämig legt die Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Erziehung vor:

Flämig (SPD): Herr Präsident! Ich möchte als Berichterstatter nur ein paar ergänzende Bemerkungen zu dem Dokument 4603 machen, das Ihnen vorliegt. Man könnte die Frage stellen, was Kultur und Erziehung mit **OECD** zu tun haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das doch sehr viel miteinander zu tun hat, obwohl selbst in den Mitgliedstaaten eine einheitliche **Kulturpolitik** häufig nicht möglich ist. Denn es geht gar nicht darum, die Wirren und Schwierigkeiten nationaler Kulturpolitiken etwa auf die Ebene der OECD zu heben. Vielmehr geht es darum, alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf abzielen, den wirtschaftlichen Fortschritt in den OECD-Staaten durch gut ausgebildete Arbeitskräfte und deren Nachwuchs zu sichern.

Je höher entwickelt eine Volkswirtschaft ist, desto mehr ist sie angewiesen auf hochqualifizierte Arbeitskräfte. Eine möglichst umfassende Bildung, eine darauf aufbauende gute und moderne **Berufsausbildung** sind Voraussetzungen dafür. Und sie sind zugleich ein gutes Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Doch dazu, Herr Präsident, gehört auch die Möglichkeit der beruflichen Weiterbildung und der beruflichen Umschulung. Denn kein Industriestaat kann heutzutage allen Arbeitskräften garantieren, daß die Berufe, die sie ergriffen haben, ein ganzes Berufsleben lang auch benötigt werden. Neue Techniken erfordern neue Berufe und zerstören unter Umständen herkömmliche Berufe.

Doch die Wirtschaft braucht auch Hilfskräfte. Nicht alle Verrichtungen können von Automaten vorgenommen werden, auch in Zukunft nicht. Hier spreche ich das weite Feld der angelernten Arbeitskräfte an, auf dem Millionen von Gastarbeitern anzutreffen sind. **Gastarbeiter,** die wiederum eine wichtige Rolle in ihren Heimatländern spielen, indem sie zum Beispiel zum Zahlungsbilanzausgleich beitragen. Gastarbeiter, die aber auch in den Industriestaaten Probleme schaffen, weil sie Menschen sind, die ein Recht haben, sich weiterzubilden, deren Kinder ein Anrecht besitzen auf Teilnahme an der Kultur- und Erziehungspolitik ihrer Gastgeberländer. Sie als Schlüsselkinder ohne elterliche Aufsicht den Gefahren der Jugendarbeitslosigkeit oder des Drogenkonsums zu überlassen wäre das letzte, Herr Präsident, was sich eine fortschrittliche Industriegesellschaft leisten könnte.

Diese wenigen Beispiele zeigen die enge Verknüpfung der Kultur- und Erziehungspolitik, wie sie der Europarat seit Jahren betreibt und wie sie auch von der OECD gefördert wird.

In Paris hatten wir Gelegenheit, mit verantwortlichen Repräsentanten der OECD auf dem Gebiet der Kultur- und Erziehungspolitik zu sprechen. Wir sahen, daß dort ein gegenseitiges Interesse besteht, mit dem Europarat auf diesem wichtigen Arbeitsfeld auch in Zukunft zu kooperieren, wie dies schon in den vergangenen Jahren der Fall war. Ich erinnere an die Berichte unserer Kollegen Lord Beaumont of Whitley, Papapolitis, Flanagan und Aano. Sie forderten, die intergouvernementale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erziehung und Berufsausbildung zu aktivieren, sie forderten, die anerkannten Jugendverbände an dieser Arbeit zu beteiligen, sie unterbreiteten Vorschläge für wirksame Maßnahmen und verwiesen auf gemeinsame Anliegen.

Das Mandat der OECD in diesem Bereich muß 1981 erneuert werden. Wir empfehlen dem Ministerrat, dies unbedingt zu tun, und erbitten dieses Mandat auch für den Europarat. Wir empfehlen eine noch engere Zusammenarbeit des Europarates und seines Ausschusses für Kultur und Erziehung mit der OECD, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die notwendigen Förderungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern. Deshalb, Herr Präsident, unterbreitet Ihnen der Ausschuß für Kultur und Erziehung einen Zusatz zu der Resolution des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung, vor Ihnen liegend als Änderungsantrag Nr. 4, und empfiehlt gleichzeitig der Versammlung die Annahme der Drucksache 4592, zumal unser Ausschuß einstimmig dafür eingetreten ist. — Ich danke Ihnen.

Entschließung 737

betr. die Antwort auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1979

Die Versammlung

1. hat vom Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1979 (Dok. 4557) und

dem Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 4592) sowie von den Beiträgen ihres Ausschusses für Wissenschaft und Technologie, ihres Ausschusses für Raumordnung und Kommunalpolitik (Dok. 4596), ihres Landwirtschaftsausschusses (Dok. 4593) und ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung (Dok. 4603) Kenntnis genommen;

I. Wirtschafts- und Energiefragen

2. ist der Auffassung, daß die wirtschaftliche Lage, wie in ihrer Entschließung 710 (1979) betr. die Antwort auf den Tätigkeitsbericht der OECD für das Jahr 1978 festgestellt wurde, in den Industrieländern weiterhin von einer sehr niedrigen Wirtschaftsaktivität, einer immer beunruhigenderen Arbeitslosigkeit, einer Inflationsrate, die trotz einer leichten Abschwächung zu hoch bleibt, und großen Zahlungsbilanzdefiziten gekennzeichnet ist;

3. ist der Auffassung, daß das vom OECD-Rat im Jahre 1978 gebilligte Programm der konzertierten Aktion, dessen Strategie auf der Tagung des OECD-Rats auf Ministerebene am 3. und 4. Juni 1980 bestätigt wurde, insbesondere im Hinblick auf die Zahlungsbilanz und Inflation positive Ergebnisse erzielt hat;

4. betont jedoch, daß die niedrigen und ungleichen Lohnerhöhungen, die mit der Inflation nicht immer Schritt gehalten haben, und die von den OECD-Ländern betriebene rigorose Währungs- und Haushaltspolitik zu einem Rückgang des Verbrauchs und der öffentlichen und privaten Investitionen geführt und es deshalb unmöglich gemacht haben, die Wirtschaftstätigkeit zu beleben und genügend Arbeitsplätze zu schaffen;

5. stellt fest, daß die Wirtschaftsaussichten der Industrieländer, teilweise aufgrund der laufenden Ölpreiserhöhungen, düster bleiben und daß die bislang verfolgten Politiken den Zustand der Schwäche und Abhängigkeit der westlichen Wirtschaften nicht erheblich geändert haben;

6. betont, daß es der Politik, den Energieverbrauch durch Preismechanismen zu regeln, bislang nicht gelungen ist, bei Produzenten oder Privatverbrauchern systematische Energieeinsparungen zu fördern;

7. nimmt die von den Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrieländer am Ende ihrer Tagung vom 22. und 23. Juni 1980 in Venedig angenommene Erklärung zur Kenntnis, in der sie ihre Entschlossenheit bekräftigen, die Abhängigkeit der Industrieländer von Öleinfuhren zu verringern, und für das kommende Jahrzehnt ehrgeizige Ziele setzen, und hofft, daß die Regierungen all ihre Mittel und insbesondere ihre Haushaltsmittel mobilisieren werden, um diese Ziele zu erreichen;

8. unterstützt die neue, während der auf Ministerebene am 3. und 4. Juni 1980 veranstalteten Tagung des OECD-Rats angenommene „Erklärung über die Handelspolitik", die die Handelserklärung aus dem Jahre 1974 ersetzt und das Festhalten der OECD-Länder an den Prinzipien des Freihandels sowie ihren Wunsch bestätigt, den Entwicklungsländern einen größeren Anteil am Welthandel einzuräumen;

9. begrüßt die Bereitschaft der OECD, die insbesondere anläßlich des von der Parlamentarischen Versammlung (Straßburg 5. bis 7. März 1980) veranstalteten Kolloquiums über Internationale Steuerumgehung und -hinterziehung geäußert wurde, mit dem Europarat bei der Vorbereitung eines Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe in Steuerangelegenheiten zusammenzuarbeiten;

10. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedsländer auf:

    i. ihre Bemühungen beizubehalten, um zu einem nichtinflationären Wachstum zurückzukehren, ohne jedoch die Gesamtlast auf Privateinkünfte zu verlegen;

    ii. im Einvernehmen mit den Sozialpartnern so schnell wie möglich Maßnahmen zu ergreifen, die dazu bestimmt sind, höhere öffentliche und private Investitionen zu fördern, um eine Belebung der Konjunktur, die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und eine Ankurbelung des Verbrauchs zu ermöglichen;

    iii. alle zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Arbeitslosigkeit insbesondere unter jungen Leuten, durch folgende Maßnahmen zu verringern:

    a) die Verbesserung ihrer Berufsausbildung durch eine Erhöhung der Anzahl firmeninterner Praktika, die zu Dauerstellungen führen,

    b) die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Steueranreize und -erleichterungen und

    c) die Inangriffnahme der verschiedenen in Entschließung 710 (1979) vorgeschlagenen Maßnahmen, zum Beispiel Teilzeitbeschäftigungen, flexible Altersgrenzen, eine auf internationaler Ebene abgestimmte Verkürzung der Arbeitszeit und eine größere Flexibilität des Arbeitsmarkts;

    iv. Politiken zu fördern, die dazu bestimmt sind, Männern und Frauen gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und die Unterschiede bei den durchschnittlichen Einkommen zwischen Männern und Frauen durch die Verwirklichung der Empfehlungen zu verringern, die auf der im April 1980 auf hoher Ebene veranstalteten Konferenz der OECD-Mitgliedsländer über die Beschäftigung von Frauen angenommen worden sind;

    v. Maßnahmen zu ergreifen, um unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten, die durch die Mikroelektronik und Biotechnologie geschaffen werden, Investitionen in

die industrielle Umstrukturierung und Innovation zu stimulieren und zu koordinieren;

vi. auf allen Ebenen die Bemühungen um Energieeinsparungen zu verstärken, insbesondere durch eine verstärkte Hilfe in Form von Steuer- oder anderen Anreizen für die Forschung und Investition bei energieeinsparendem Gerät;

vii. alle Energiequellen, insbesondere die Kernenergie, Kohle und die erneuerbaren Energiequellen auszubauen und gleichzeitig ihre Nachteile auf die Umwelt einzuschränken und strenge Sicherheitsmaßnahmen einzuführen;

viii. eine Einschränkung des Energieverbrauchs dadurch zu fördern, daß Erhöhungen bei Rohölpreisen automatisch an den Verbraucher weitergegeben werden, gleichzeitig aber darauf zu achten, daß empfindliche Wirtschaftstätigkeiten darunter nicht übergebührlich zu leiden haben;

ix. energische Schritte zu unternehmen, um die Bestimmungen der Erklärung über die Handelspolitik durchzuführen, damit die Verbraucher vom Produktivitätsfortschritt profitieren können, und den Handel mit den Entwicklungsländern, die ein Stimulans zu erneutem Wachstum liefern können, zu erleichtern;

x. ihre Bemühungen um eine bessere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Rahmen der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen im Einklang mit den in der Entschließung 726 (1980) der Versammlung festgelegten Richtlinien dadurch zu verstärken, daß auf die in dem Bericht der Brandt-Kommission enthaltenen Vorschläge konkrete Schritte unternommen werden und der Durchführung des Sofortprogramms Vorrang eingeräumt wird;

xi. die Zusammenarbeit mit dem Europarat zu erweitern, um die internationale Steuerumgehung und -hinterziehung im Sinne der Empfehlung 833 (1978) der Versammlung zu bekämpfen;

II. Umweltschutz

11. unterstützt die Empfehlungen über die Beurteilung von Projekten mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, Umwelt und Tourismus, Kohle und Umwelt, und die Berichte über den Zustand der Umwelt sowie die Erklärung über künftige Umweltpolitiken, die während der zweiten, am 7. und 8. Mai 1979 veranstalteten Tagung des Umweltausschusses der OECD auf Ministerebene angenommen wurden;

12. vermerkt mit Genugtuung die Veröffentlichung des ersten Berichts vom Juli 1979 über den Zustand der Umwelt in den OECD-Mitgliedsländern;

13. begrüßt die Tatsache, daß die Ad-hoc-Gruppe für städtische Probleme Ende 1979 ihre Arbeit aufgenommen hat;

14. bedauert die Einstellung der Tätigkeiten der Arbeitsgruppe Grenzüberschreitende Verschmutzung mit Wirkung vom Juni 1980;

15. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedsländer auf:

i. die vom OECD-Umweltausschuß formulierten Empfehlungen durchzuführen;

ii. die bestehende Koordinierung zwischen der OECD und dem Europarat in bezug auf den Umweltschutz insbesondere zwischen dem OECD-Umweltausschuß und dem Europäischen Ausschuß des Europarats für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Ressourcen im Hinblick auf einen optimalen Einsatz der den beiden Organisationen zur Verfügung stehenden Mittel zu verbessern;

iii. die Zusammenarbeit zwischen der OECD und der Europäischen Konferenz der für Raumordnung zuständigen Minister und der Europäischen Ministerkonferenz für Umwelt zu unterstützen;

III. Landwirtschaft

16. räumt ein, daß die Landwirtschaft als integraler Bestandteil der Gesamtwirtschaft anzusehen ist und ihre Leistungsfähigkeit ständig verbessern muß, ist aber der Auffassung, daß bei der von der OECD geforderten Politik der „positiven Anpassungen" folgendes zu berücksichtigen wäre:

i. die besonderen Merkmale und Probleme der Landwirtschaft, wie zum Beispiel die Ungewißheit künftiger Ernten und die allgemeinen Ungleichgewichte zwischen der Landwirtschaft und anderen Sektoren der Wirtschaft;

ii. die vorrangige Bedeutung, Europa in einer angespannten Weltlage eine reiche und vielseitige Nahrungsmittelversorgung zu sichern, ohne jedoch die Probleme der Dritten Welt zu verschlimmern, die im „Brandt-Bericht" deutlich zum Ausdruck gekommen sind;

iii. die der europäischen Landwirtschaft in jüngster Zeit entstandenen Probleme aufgrund des Kostenanstiegs für Ackerland, Arbeitskräfte, viele Produktionsfaktoren wie Düngemittel und Treibstoff sowie hoher Zinssätze für Darlehen;

iv. „externe" Beiträge der Landwirtschaft für die gesamte Gesellschaft, zum Beispiel eine ausgewogenere Regionalentwicklung und die Erhaltung ländlicher Gegenden, die einer ständig wachsenden Anzahl von Städtern leicht zugänglich sind;

v. die eigenen Bemühungen der Landwirtschaft, ihre Leistungsfähigkeit in den letz-

ten Jahrzehnten durch strukturelle Reformen und moderne Verwaltungsmethoden, eine verstärkte Mechanisierung, eine intensivere Verwendung von Düngemitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln, eine bessere Bewässerung und durch Zuchterfolge bei Vieh und Feldfrüchten zu verbessern;

vi. die Möglichkeiten einer höheren Leistungsfähigkeit nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Nahrungsmittelindustrie, indem zum Beispiel die Wettbewerbsstruktur, das Preisniveau und die Gewinnspannen geprüft werden;

17. spricht der OECD für ihre Bemühungen um eine Überwachung und Vorhersage der internationalen Marktentwicklung ihre Anerkennung aus und erinnert gleichzeitig daran, daß die gegenwärtige Lage für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Welt „ungewiß" und „äußerst anfällig" ist;

18. ist der Auffassung, daß sich die OECD-Mitgliedstaaten angesichts der Ungewißheiten auf Grund politischer Unruhen, bewaffneter Konflikte und klimatischer Faktoren in der Welt in einer bestimmten Anzahl von wichtigen landwirtschaftlichen Produkten für ihren internen Bedarf, für eine Erhöhung der Nahrungsmittelhilfe und für künftige Exportmöglichkeiten um „Sicherheitsspielräume" bemühen müßten;

19. begrüßt die Bemühungen der OECD, die Regierungen der Mitgliedsländer auf dem Molkereisektor zu einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage anzuregen, und hofft, daß die Möglichkeiten einer Erhöhung der Lieferungen von Molkereiprodukten an hungernde Bevölkerungen in den Entwicklungsländern weiter untersucht werden;

20. begrüßt die derzeitigen Studien der OECD über die wachsende internationale Interdependenz der Agrarproduktion und macht besonders auf die erhöhte Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Europa und den Vereinigten Staaten aufmerksam;

21. ist der Auffassung, daß die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten einerseits ihre kurzfristige Nahrungsmittelhilfe an Entwicklungsländer erhöhen und die derzeit bedenklich niedrigen internationalen Getreidevorräte aufstocken und andererseits für progressive Agrarpolitiken in den Entwicklungsländern eintreten müßten, damit diese Länder sich schließlich selbst versorgen können;

22. begrüßt die derzeitige Arbeit der Organisation in bezug auf die Energienutzung und -erzeugung in der Landwirtschaft und fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, durch Investitionsbeihilfen und andere Arten von Unterstützung ihr ausgedehntes Potential für die Energieerzeugung auszuschöpfen — notfalls auch ohne abzuwarten, bis die Preise für alternative Energieformen ein so hohes Niveau erreicht haben, daß sich solche Unternehmen voll und ganz rentieren;

23. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten der OECD auf, sich die Sachkenntnis der Organisation in Fischereiangelegenheiten besser zunutze zu machen, und dabei von rein technischen Konsultationen zu Strategiediskussionen über die Grundlagen eines gemeinsamen Vorgehens in Fischereiangelegenheiten innerhalb des OECD-Gebiets überzugehen;

24. begrüßt die Arbeit der OECD, die darauf abzielt, die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in den Ländern Südeuropas zu fördern, und hofft, daß sie zu den Zielen der Empfehlung 861 (1979) der Versammlung betr. die Rolle des Europarats bei der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Nord- und Südeuropas ebenso beitragen wird wie zur Gestaltung einer „neuen Mittelmeerpolitik" — im Einklang mit dem Wunsch der Versammlung in ihrer Entschließung 714 (1980) — die im erweiterten Rahmen der OECD ebenfalls ihre Gültigkeit hat;

V. Kultur und Bildung

25. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß der Arbeit der OECD im Bereich der Bildung größere Aufmerksamkeit gewidmet wird;

26. ist sich des Drucks bewußt, der auf den Bildungssystemen in den Mitgliedsländern lastet, um den jungen Menschen einen reibungslosen Übergang von der Schule in die Welt der Arbeit zu bieten, betont jedoch, daß die kulturelle Bedeutung anerkannt werden muß, die die Allgemeinbildung für den einzelnen darstellt;

27. ist sehr daran interessiert, daß bei der Arbeit der OECD in bezug auf Probleme wie der Jugendarbeitslosigkeit die Ansichten junger Menschen so weit wie möglich berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Konsultationen mit den Jugendorganisationen des Europarats (Europäisches Jugendzentrum und Europäischer Jugendfonds) und anderen europäischen Jugendorganisationen;

28. begrüßt die allgemeine Zusammenarbeit zwischen der OECD und dem Europarat im Bildungsbereich und betont insbesondere die Bedeutung der aktiven Mitwirkung der OECD am Projekt des Rates für kulturelle Zusammenarbeit (CDCC) über die Vorbereitung auf das Berufsleben;

29. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf:

    i. die enge Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OECD in Bildungsfragen weiterhin zu unterstützen und insbesondere andere OECD-Mitgliedstaaten an der Arbeit des Europarats in diesem Bereich zu beteiligen;

    ii. im Rahmen der Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit in Bildungsfragen, die Verlängerung des Mandats der OECD-Arbeit in diesem Bereich über das Jahr 1981 hinaus zu befürworten.

Freitag, 26. September 1980

Tagesordnungspunkt:

Die Olympischen Spiele und ihre Zukunftsaussichten

(Drucksache 4585)

Berichterstatter: Abg. Druon

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich glaube, Herr Kollege Druon hat in einer hervorragenden Weise in einem historischen Konzept Geschichte und Idee der Olympischen Spiele dargestellt. Dafür möchte ich ihm danken und ganz besonders betonen, daß die **Olympischen Spiele** in der Antike in erster Linie ein kulturelles und religiöses Ereignis waren, während das Sportliche erst an zweiter Stelle folgte.

Heute ist es etwas anders. Heute steht sicher nicht die kulturell-religiöse Seite des Ereignisses im Vordergrund. Ja, ich möchte gelegentlich sogar in Frage stellen, ob ein sportliches Ereignis im Vordergrund steht. Wenn wir etwa die Debatte über die letzten Olympischen Spiele in diesem Jahr betrachten, dann müssen wir sagen, daß man eigentlich mehr über Politik und Olympia als über Sport und Olympia diskutiert hat.

Aber schon die ersten Olympischen Spiele der Antike verfielen allmählich. Über die Jahrhunderte hinweg rissen auch in jener Zeit Sitten ein, die ursprünglich nicht geplant waren. Statt des Amateurs kam auch in der Antike der Profi. Auch die Politik beschäftigte sich mit den Olympischen Spielen; und das war der Tod der ersten Olympischen Spiele.

Wir erlebten dann die Wiederbelebung. Wir müssen feststellen, daß diese im Geist der Antike mit den ersten Spielen 1896 nicht einmal hundert Jahre gedauert hat; denn schon wieder sind die wiederbelebten Olympischen Spiele gefährdet. Der Verfall der Spiele, die Neigung zur Dekadenz sind heute größer, als es in der Antike der Fall war.

Wir wissen, wie sehr sich die Politik der Spiele bemächtigt hat. Die großen Spiele des Jahres 1936 in Deutschland wurden damals dazu benutzt, den Nationalsozialismus international hoffähig zu machen. Wir wissen, daß die Spiele des Jahres 1980 in einer ähnlichen Weise benutzt worden sind.

Ich erinnere mich noch sehr gut an jenes Bild der Eröffnungsveranstaltung, das für die Olympiade des Jahres 1980 irgendwie typisch war, wo junge Männer im preußischen Stechschritt Friedenstauben fest in der Hand gehalten und in die Arena getragen haben. Besser konnte man die Politik in der Verbindung mit dem Sport nicht darstellen.

Auch die Kommerzialisierung wird immer schlimmer, meine sehr verehrten Kollegen. Bei der nächsten Olympiade in Los Angeles wird es zum erstenmal sein, daß eine olympische Anlage nicht von der Stadt, sondern von einem Würstlkonzern errichtet wird. In dieser Zeit wird während der Olympiade nur das Symbol dieses Konzerns verdeckt, ich möchte sagen: schamhaft verdeckt. Aber die Kommerzialisierung ist hier deutlich geworden.

Noch etwas besorgt uns alle, die wir an die Olympischen Spiele denken, nämlich daß es im Grunde genommen nur noch Großmächte sind, die eine Olympiade veranstalten können. Es gäbe viele Argumente gegen einen festen Standort, wenn man sagen könnte, jedes Land hätte eine Chance, Olympische Spiele durchzuführen. Aber wir wissen genau, daß das nicht möglich ist. Es wäre auch unverantwortlich, z. B. einem Entwicklungsland die Durchführung solcher Spiele, die Milliarden kosten, zuzumuten, weil das auf Kosten der Entwicklung dieses Landes gehen würde. Derartige Spiele können also nur noch große Industrienationen durchführen, und auch das ist nicht im Geist der olympischen Idee.

Auch im sportlichen Bereich haben wir natürlich Probleme. Das ist hier von Kollegen angesprochen worden. Dazu können wir nichts sagen. Diese Probleme können die Politiker nicht lösen. Es sind Fragen, die von den Sportlern selber gelöst werden müssen. Aber wir wissen, daß Unfairneß und Fanatismus zugenommen haben. Wenn wir allein an die Probleme mit dem Doping denken, wenn wir wissen, wie mit unlauteren Mitteln um den Siegeslorbeer gekämpft wird, und die Gefahren einkalkulieren, die für die Gesundheit der Sportler erst in späteren Jahren auftreten, wenn wir wissen, wieviel Meineide beim Olympischen Eid geleistet werden, weil es sich bei vielen Sportlern nicht um Amateure handelt, obwohl sie sich nach wie vor als solche bezeichnen, dann kennen wir die innere Krise dieser Olympischen Spiele. Aber die können wir nicht lösen. Das ist eine Sache des Sports selber. Hier wollen wir uns nicht einmischen. Das müssen die Sportler und ihre Organisationen lösen.

Was wir als Politiker können, ist, einen äußeren Einfluß auf den Verlauf der Olympischen Spiele zu nehmen. Deswegen ist diese Idee, eine Wende vorzunehmen, eine neue Dekade im Rahmen der Olympischen Spiele einzuleiten, indem man die Olympischen Spiele in Zukunft nur noch an einem Ort in einem ausgewiesenen Bezirk, der einen besonderen Status hat, veranstaltet, zu begrüßen. Das könnte ein äußerer Anstoß sein, der auch die Sportler veranlaßt, sich zu überlegen, in welchem Geist sie in Zukunft an den Olympischen Spielen teilnehmen.

Ich begrüße also diese Idee, die Olympischen Spiele in Zukunft an einem festen Ort in Griechenland, in **Nea Olympia,** zu veranstalten. Dabei bin ich mir darüber im klaren, daß noch viel Wasser die griechischen Flüsse hinunterfließen wird, bis wir dieses Ziel erreicht haben. Man kann nicht Spiele, die bereits vergeben sind, wieder zurücknehmen, das wäre unfair gegenüber den Bewerbern, und der Begriff der Fairneß spielt im Sport ja eine besondere Rolle. Aber vielleicht schaffen wir es, diese Idee im Verlaufe von zehn Jahren durchzusetzen.

Es wird oft eingewandt, der Europarat sei eigentlich gar nicht dazu berechtigt, sich mit diesem Problem zu beschäftigen, denn die Olympiade gehöre inzwi-

schen der ganzen Welt, und davon machten die Staaten des Europarates nur einen kleinen Teil aus. Dagegen möchte ich sagen, daß die olympische Idee eine Idee der Antike ist, daß diese Idee der Antike im 19. Jahrhundert in Europa wiederbelebt wurde und daß aus diesem europäischen Geist heraus die olympische Idee geboren wurde, so daß dieses Gremium durchaus berechtigt ist, sich Gedanken darüber zu machen.

Ich bin auch der Meinung, daß die Olympischen Spiele, wenn wir zu diesem Beschluß kommen, immer in Griechenland stattfinden sollten. Hier teile ich nicht die Meinung etwa meines Schweizer Kollegen, der sich dafür ausgesprochen hat, sie jeweils abwechselnd einmal in Griechenland und einmal außerhalb von Griechenland stattfinden zu lassen. Ich glaube, in dieser Frage kann man keinen Kompromiß machen; hier gilt jenes Zitat aus dem Altertum: Hic Rhodus, hic salta! Hier muß man sich entscheiden, hier muß man springen: entweder sie ständig in Griechenland zu veranstalten oder in der bisherigen Art fortzufahren. Ein Mittelding wäre meiner Ansicht nach in diesem Zusammenhang nicht das richtige.

Lassen Sie mich mit einem Appell an Sie alle schließen. Ich bin der Meinung, diese gute Idee — und ich bin überzeugt, wir werden sie mit Mehrheit beschließen — können wir nur durchsetzen, wenn wir alle in den Ländern, aus denen wir kommen, für diese Idee werben, indem wir uns in den nationalen Parlamenten, in den nationalen Sportorganisationen, überall dort, wo man sich über die Olympiade Gedanken macht, dafür einsetzen. Nur mit diesem gemeinsamen Engagement wird es möglich sein, diese gute Idee in die Tat umzusetzen.

Empfehlung 900 (1980)

betr. die Olympischen Spiele und ihre Zukunftsaussichten

Die Versammlung

...

4. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, in Beratung mit dem IOK so schnell wie möglich alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die in der Entschließung 738 enthaltenen Ziele verwirklicht werden können.

Entschließung 738 (1980)

betr. die Olympischen Spiele und ihre Zukunftsaussichten

Die Versammlung

...

13. fordert:

a) daß alle zuständigen Behörden, nationalen und internationalen Organisationen und Gremien ihre Bemühungen vereinigen, um der Politisierung, dem Gigantismus, der Kommerzialisierung, dem Professionalismus und allen anderen Formen des Mißbrauchs vorzubeugen, die das Überleben der Olympischen Spiele gefährden;

b) daß die Olympischen Sommerspiele zu diesem Zweck künftig regelmäßig und endgültig an ein und demselben Ort stattfinden sollten, und zwar in der Nähe von Olympia, wo diese Spiele ihren Ursprung haben;

c) daß dieser Ort unter dem Namen „Nea Olympia" einen entsprechenden internationalen Status erhalten und der Autorität des Internationalen Olympischen Komitees unterstellt werden sollte;

d) daß die griechische Regierung und das Internationale Olympische Komitee den internationalen Status von Nea Olympia festlegen;

e) daß Vorkehrungen getroffen werden, um die Finanzierung der Einrichtungen von Nea Olympia durch einen internationalen Fonds zu ermöglichen;

f) daß Nea Olympia ein Ort der Annäherung zwischen den Völkern und ständiger sportlicher und kultureller Veranstaltungen wird, insbesondere durch die Anlage von Kunstsammlungen und den Bau von Sportlerheimen;

g) daß die Organisation und der Verlauf olympischer Wettbewerbe in möglichst enger Anlehnung an das Ideal der individuellen Entfaltung, der internationalen Brüderlichkeit und der Förderung des Friedens, das ihre Daseinsberechtigung darstellt, erfolgen;

h) daß die Organisation der Olympischen Winterspiele von den gleichen Prinzipien geleitet wird;

i) daß die Regierungen der Mitgliedstaaten dem Internationalen Olympischen Komitee alle mögliche Unterstützung und alle erforderlichen Hilfsleistungen gewähren, um zur Verwirklichung dieser Ziele beizutragen.

Tagesordnungspunkt:

Palästinaflüchtlinge und die Aktivitäten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

(Drucksache 4583)

Berichterstatter: Abg. Lord McNair

Empfehlung 901

betr. Palästinaflüchtlinge und die Aktivitäten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Die Versammlung

1. erinnert an ihre Empfehlungen 520 (1968), 566 (1969) und 658 (1972) betr. die Lage der palästinensischen Flüchtlinge und stellt fest, daß diese Angelegenheit weiterhin Anlaß zu großer Sorge gibt;

2. bekräftigt ihre Entschließung 728 (1980) betr. die Lage im Nahen Osten und unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer allgemeinen politischen Lösung, die allein einen gerechten und dauerhaften Frieden in diesem Gebiet herstellen könnte;

3. bedauert, daß die Lage dieser Flüchtlinge nach drei Jahrzehnten von einer echten Lösung weit entfernt ist, wenngleich in materieller Hinsicht einige Verbesserungen erzielt worden sind;

4. drückt dem Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) und anderen Organisationen, die humanitäre Hilfe geleistet haben, ihren Dank aus;

5. verweist mit Besorgnis auf die schwerwiegende finanzielle Krise, in der sich das UNRWA befindet, die in naher Zukunft einen wichtigen Teil seines Ausbildungsprogramms gefährden und die Schließung seiner Schulen in Syrien und Jordanien nach sich ziehen kann, und ist davon überzeugt, daß die Kontinuität der Tätigkeiten des UNRWA gewährleistet werden muß, bis eine politische Lösung erzielt ist;

6. bedauert, daß die regelmäßigen Beiträge arabischer Länder, besonders der ölproduzierenden Länder, immer noch sehr niedrig sind und daß die UdSSR und andere osteuropäische Länder sich weigern, zum UNRWA-Haushalt beizutragen;

7. verweist auf die unterschiedlichen Situationen und Hoffnungen derjenigen palästinensischen Araber, die in besetzten Gebieten leben, und derjenigen, die in benachbarten arabischen Ländern leben;

8. bekräftigt ihre Überzeugung, daß alle Staaten in dieser Region, Israel natürlich eingeschlossen, ein unbestreitbares Recht haben, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben;

9. erinnert an den Text von Absatz 7 der Entschließung 728 (1980) der Parlamentarischen Versammlung in bezug auf die von den Abkommen von Camp David geweckten Hoffnungen und ihre tatsächlichen Auswirkungen hinsichtlich einer allgemeinen Lösung des Nah-Ost-Problems;

10. ist der Auffassung, daß die längst überfällige Lösung der Palästinenserfrage zwischen den hauptsächlich betroffenen Parteien mit oder ohne Hilfe von Dritten frei ausgehandelt werden sollte;

11. empfiehlt dem Ministerkomitee des Europarates, die Regierungen der Mitgliedstaaten eindringlich aufzufordern:

    i. ihre regelmäßigen Beiträge zum UNRWA zu erhöhen, damit es seine Aktivitäten fortsetzen kann, bis eine Gesamtlösung für die Palästina-Frage gefunden worden ist;

    ii. zusätzlich sofort Sonderspenden zu machen, um der derzeitigen Krise in den Ausbildungsprogrammen des UNRWA, auf die in Abs. 5 oben Bezug genommen wurde, zu begegnen;

    iii. zu versuchen, die ölproduzierenden arabischen Länder dazu zu bewegen, ihre regelmäßigen Beiträge zum UNRWA-Haushalt zu erhöhen, um mitzuhelfen, daß diese Organisation von der jährlichen Bankrottbedrohung und von der Notwendigkeit bewahrt bleibt, um Sonderspenden zu bitten;

    iv. an die UdSSR und andere osteuropäische Staaten zu appellieren, ihre Politik der Nichtbeteiligung am UNRWA angesichts des rein humanitären und nicht politischen Charakters seiner Aktivitäten zu ändern;

    v. ihre Nahost-Politik so zu gestalten, daß sie im Einklang mit Entschließung 728 (1980) der Parlamentarischen Versammlung zu einem Beitrag für eine politische Lösung der Palästina-Frage wird.

Tagesordnungspunkt:

Das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen

(Drucksache 4586)

Berichterstatter: Abg. Forni

Erklärung zur Stimmabgabe:

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident, ich bitte um Verständnis, daß ich mich zu Wort gemeldet habe, weil ich im Namen der meisten meiner deutschen Kollegen eine Bemerkung zur Abstimmung machen möchte.

Zunächst einmal liegt mir daran, zu sagen: Die Tatsache, daß wir heute nicht so zahlreich anwesend sind, ist nicht etwa Ausdruck von Mißachtung. Sie wissen sicherlich, daß wir im Wahlkampf sind. In wenigen Tagen wird in der Bundesrepublik gewählt. Der große Teil meiner Kollegen ist deswegen nicht anwesend.

Aber die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, ist der eigentliche Grund, weswegen ich mich gemeldet habe. Ihnen ist sicherlich nicht entgangen, daß die deutschen Kollegen mit Nein gestimmt haben. Sie haben deswegen mit Nein gestimmt, weil die Rechtslage in der Bundesrepublik vorsieht, daß die Ausübung von **Wahlrecht** an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden ist. Dies ist ein tragendes Prinzip unseres Verfassungslebens. Sie werden sicherlich dafür Verständnis haben, daß wir hier nicht anders stimmen können, als wir zu Hause stimmen würden, weil es unredlich wäre, hier eine Stimmabgabe zu vollziehen, von der wir genau wissen, daß ihre Durchführung in der Bundesrepublik aus rechtlichen Gründen nicht möglich wäre.

Ich bitte Sie daher um Verständnis für unsere Stimmabgabe.

Empfehlung 903

betr. das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen

Die Versammlung

1. erinnert an ihre früheren Erklärungen zum Thema Wanderarbeiter und insbesondere ihre Empfehlungen 712 (1973) betr. die Integration von Wanderarbeitern in die Gesellschaft ihrer Gastländer, 769 (1975) betr. die rechtliche Stellung von Ausländern, 773 (1976) betr. die Lage von De-facto-Flüchtlingen und 779 (1977) betr. die politischen Rechte und die politische Position von Ausländern sowie 841 (1978) betr. Wanderarbeiter in zweiter Generation;

2. verweist auf die Schlußfolgerungen der vom 6. bis 8. Mai 1980 in Straßburg veranstalteten Konferenz der für Wanderungsfragen zuständigen europäischen Minister, die mit Nachdruck Maßnahmen gefordert hat, um Wanderarbeitern eine echte Mitbestimmung bei Entscheidungen, die ihre Gastgemeinde betreffen, zu erleichtern;

3. begrüßt die Schlußfolgerungen der in Madrid vom 21. bis 23. Mai 1980 veranstalteten Konferenz der für Kommunalpolitik verantwortlichen europäischen Minister, wonach:

   „die Minister dem Ministerkomitee des Europarats empfehlen:

   i. eine Studie über die Möglichkeit der Ausarbeitung einer multilateralen Übereinkunft durchführen zu lassen, in der die bürgerlichen Mindestrechte im kommunalen öffentlichen Leben sowie das aktive und passive Wahlrecht auf Kommunalebene für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates, die in einem anderen Staat leben, und die Bedingungen, die für die Anerkennung dieser Rechte erforderlich sind, festgelegt werden;

   ii. die Regierungen derjenigen Mitgliedstaaten, die Angehörigen anderer Staaten bereits das kommunale Wahlrecht gewähren, aufzufordern, die Erweiterung dieses Rechts auf Bewohner, die Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten des Europarats sind, auf multilateraler Basis und auf der Grundlage der uneingeschränkten Gegenseitigkeit in Betracht zu ziehen“;

4. begrüßt die Übereinstimmung der Schlußfolgerungen dieser Ministerkonferenz mit früheren Erklärungen der Versammlung;

5. räumt jedoch ein, daß das Wahlrecht oft mit dem Begriff der Staatsbürgerschaft verknüpft worden ist;

6. ist der Auffassung, daß die Verleihung der Bürgerrechte an Staatsangehörige aus Mitgliedstaaten des Europarates außerdem unbedingt folgenden Bedingungen unterworfen sein muß:

   i. ein Mindestzeitraum ununterbrochenen Aufenthalts im Gastland;

   ii. die Trennung zwischen aktivem und passivem Wahlrecht für einen bestimmten Zeitraum;

7. empfiehlt dem Ministerkomitee:

   i. unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Schlußfolgerungen der Konferenz der für Kommunalpolitik verantwortlichen europäischen Minister, auf die in Abs. 3 oben Bezug genommen wurde, zu verwirklichen;

   ii. die Regierungen derjenigen Mitgliedstaaten, die gerade ihre Staatsbürgerschaftsgesetze überprüfen, aufzufordern, die oben genannten Schlußfolgerungen zu berücksichtigen.

Sonnabend, 27. September 1980

Tagesordnungspunkt:

Die Menschenrechte in der Sowjetunion

(Drucksachen 4581 und 4582)

Berichterstatter: Abg. Tabone

Tagesordnungspunkt:

Die Lage der jüdischen Gemeinden in der Sowjetunion

(Drucksache 4580)

Berichterstatter: Abg. Frau Gradin

Tagesordnungspunkt:

Jugendzusammenarbeit in Europa

(Drucksache 4587)

Berichterstatter: Abg. Foulkes

Montag, 29. September 1980

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates vor der KSZE-Konferenz in Madrid

(Drucksache 4602)

Berichterstatter: Abg. Baumel und Lopez Henares

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Aus Anlaß der fünften Wiederkehr des Tages, da am 1. August 1975 die **Schlußakte von Helsinki** feierlich unterzeichnet wurde, haben die beteiligten Regierungen und Parteien Bilanz gezogen. Sie fiel je nach der politischen Einstellung

positiver oder weniger positiv aus. Doch auch schon nach fünf Jahren werden die Historiker zu dem Schluß kommen, daß die Helsinki-Konferenz ohne Zweifel zur Minderung der Gefahren beigetragen hat und daß auch die Kontakte innerhalb Europas verbessert werden konnten.

Auf der anderen Seite sind natürlich nicht alle Hoffnungen und Erwartungen in Erfüllung gegangen. Es sind im Gegenteil sogar neue Gefahren und neue Spannungen entstanden. Der ausgezeichnete Bericht des französischen Kollegen Baumel und der ausgezeichnete Bericht des spanischen Kollegen Lopez Henares enthalten daher nach meiner Überzeugung eine Wertung, der wir alle zustimmen können.

Ich bin dem Kollegen Baumel sehr dankbar, daß er heute früh bei seiner Einführung noch einmal auf das Mißverhältnis hingewiesen hat, das in der Raketenrüstung zwischen der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika und der NATO in Europa andererseits nach wie vor besteht. Ja, seit Helsinki hat sich dieses Mißverhältnis durch die Aufrüstung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts mit den SS-20-Raketen sogar noch erheblich verstärkt.

Nun hat die Sowjetregierung eine Panzerdivision aus dem anderen Teil Deutschlands abgezogen und das über Presse, Rundfunk und Fernsehen als einen außerordentlich effektiven Abrüstungsakt gefeiert. Mir scheint aber, daß dies nicht so ist. Denn zu der gleichen Zeit, da von 22 Divisionen in der DDR eine abgezogen worden ist — vielleicht weil man sie für die Invasion in Afghanistan oder an anderer Stelle für andere Zwecke brauchte —, ist die Raketenrüstung mit der SS-20 erheblich weiter ausgebaut worden, so daß jede Woche eine neue dieser schrecklichen SS-20-Raketen auf Westeuropa gerichtet wird.

Die Sowjetregierung hätte Gelegenheit, hier einen Akt der beginnenden Entspannung und Abrüstung dadurch zu beweisen, daß sie die Weiterrüstung mit SS-20-Raketen stoppt. Das wäre der Beweis guten Willens, zumal die NATO für die Nachrüstung ausdrücklich Abrüstungsgespräche vorgeschlagen hat.

Ich halte es daher für sehr wichtig, daß bei den vertrauensbildenden Maßnahmen, die in Madrid weiterentwickelt werden sollen, und bei einer einzurichtenden **Abrüstungskonferenz,** die natürlich nur im Konnex mit Helsinki stattfinden kann, nicht nur die bisherige Beschränkung auf 250 km in der Tiefe des sowjetischen Territoriums diskutiert wird, sondern ganz Europa im Sinne des geopolitischen Begriffs dessen einbezogen wird, was Präsident de Gaulle einmal mit „Europa vom Atlantik bis zum Ural" umschrieben hat; das ist das gewachsene geopolitische Europa. Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungen dürfen sich nicht nur auf Teile eines der großen Teilnehmer der Helsinki-Konferenz beziehen.

Der zweite Teil soll gleichrangig mit dem ersten behandelt werden. Das gleiche gilt für den dritten Teil der Schlußakte. Hier stimme ich dem Berichterstatter zu. Beim zweiten Teil — Wirtschaft und Technik — hat der Warschauer Pakt in den letzten Jahren für sich außerordentliche Vorteile buchen können. Der Westen ist der größte Kreditgeber und der Warschauer Pakt der größte Nutznießer der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit.

Mir scheint, man sollte auch hier prüfen, ob die westlichen Demokratien und Volkswirtschaften weiter diejenigen sein sollen, die die Mittel zur Heilung der volkswirtschaftlichen und sonstigen Mißentwicklungen kommunistischer Planwirtschaften aufbringen. Es sollte auch hier der Versuch gemacht werden, eine Balance zwischen Geben und Nehmen zu erreichen nach dem alten römischen Grundsatz „do ut des": ich gebe, damit auch du etwas gibst. Auf die Dauer können die Volkswirtschaften der westlichen Demokratien diesen Kreditüberhang gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten vor ihren eigenen Arbeitern, vor ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern nicht verantworten.

Ich bin dafür, da die Energie einen wichtigen Teil der volkswirtschaftlichen und technischen Entwicklung darstellt, daß eine **Energiekonferenz der Helsinki-Teilnehmerstaaten** in Gang kommt. Die Energiefrage wird uns in den nächsten Jahren mehr und mehr beschweren, und Technik und Energie sind ein unteilbares Ganzes. Also ein ja nicht nur zu einer Abrüstungskonferenz, sondern auch zu einer Energiekonferenz der Helsinki-Teilnehmerstaaten.

Schließlich noch eine Bemerkung zu dem Korb 3, freie Bewegung für Personen und Informationen sowie Familienzusammenführung. Ich hatte die Ehre, in den letzten vier Jahren für den Ausschuß für die Nichtmitgliedstaaten der Berichterstatter für diesen Bereich zu sein, und ich habe in Madrid dem Kollegen Lopez Henares den Bericht unseres Ausschusses übergeben können, der dann auch in seinen Bericht einbezogen werden konnte.

Unsere Analysen haben zu dem Ergebnis geführt, daß in Polen, Ungarn und Rumänien eine erfreuliche Verbesserung auf dem Gebiet der Familienzusammenführung, des freien Verkehrs für Personen und Informationen zu verzeichnen ist. Leider ist aber in der Sowjetunion, in der DDR und in der Tschechoslowakischen Republik nicht das gleiche eingetreten, sondern dort sind im Gegenteil sogar Rückfälle in den Geist des Stalinismus zu beklagen; das gilt insbesondere für die Tschechoslowakische Republik. Gewissermaßen als Begriffe nenne ich für die Sowjetunion den Fall Sacharow, für die DDR den Fall des Professors Havemann und für die CSSR die Behandlung der Angehörigen der Charta 77. Ich hoffe, daß man in Madrid — nicht im Sinne eines Tribunals, sondern im Sinne einer nüchternen und objektiven Betrachtung der Fortschritte auf dem Gebiet des Korb 3 — zu dem Ergebnis kommen wird, daß dort mehr getan werden muß und daß sich die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Paktes nicht aus der Verantwortung aus dem Korb 3 herausstehlen dürfen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen, Herr Präsident. Soeben hat mein Vorredner philosophisch oder politisch-praktisch die Frage beantworten wollen, ob der Friede und die Entspannung teilbar sind oder

nicht. Natürlich ist der Friede letzten Endes unteilbar; das wissen wir aus dem Ersten Weltkrieg, das wissen wir aus dem Verhängnis des Zweiten Weltkrieges. Regionalkonflikte beinhalten immer die Gefahr der Ausweitung zu einem kontinentalen, ja zu einem globalen Krieg. Und auch das Problem der Entspannung ist unteilbar, nämlich in dem Sinne, daß Spannungen, wo auch immer sie entstehen, auf das Gesamtklima europäischer, ja sogar weltpolitischer Zusammenarbeit reflektieren.

Ich möchte daher wünschen, daß auch hier vom Europarat ein Impuls für Madrid ausgeht, daß Madrid eine weitere Station auf dem Weg der Hoffnungen der Menschen auf die Bewahrung des Friedens sein möge, aber auch eine weitere Station auf dem Weg der Hoffnungen vieler Menschen in Osteuropa, zu mehr Freiheit, zu mehr Verbindungen, zu mehr Informationen zu gelangen, und damit zu mehr Glück.

Dienstag, 30. September 1980

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers der Volksrepublik China, Huang Hua

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Premierministers Raymond Barre

Auf die schriftliche Anfrage des Abg. Dr. Vohrer (FDP), wie weit die französische Regierung bereit sei, mit ihren europäischen Partnern gemeinsame Lösungen auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung zu erarbeiten, antwortet Ministerpräsident Barre, hinsichtlich der Rheinverschmutzung durch Chloridabfälle aus den elsässischen Kalibergwerken, werde die französische Regierung der Konferenz der Umweltschutzminister 1981 neue, von der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins geprüfte Vorschläge unterbreiten; hinsichtlich der Verschmutzung des Mittelmeeres beschreibt er nationale Maßnahmen und die Mitarbeit Frankreichs am Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen für das Mittelmeer von 1975.

Mündliche Zusatzfrage:

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Ich darf mich für die bisherige Antwort herzlich bedanken, möchte die Frage jedoch noch konkretisieren. Herr Premierminister, die deutsch-französische Freundschaft hat sich über fast drei Jahrzehnte erfreulich entwickelt, und vor diesem Hintergrund möchte ich als Politiker aus dem badischen Oberrheingebiet ein Sorge ausdrücken und Sie fragen, ob die französische Regierung weiß, daß grenzüberschreitende Umweltprobleme insbesondere in der Region um das **Kernkraftwerk Fessenheim** die deutsch-französische Freundschaft belasten. Mich würde auch interessieren, inwieweit die französische Regierung bereit ist, Absprachen zu treffen, die die ökologische Gesamtbelastung der Rheinebene — ich denke hier an Luft, Wasser und die Koordinierung der Kernkraftstandorte — erfassen, und daran mitzuarbeiten. Herr Premierminister, könnten Sie sich vorstellen, daß die französische Regierung bis zu dem Fernziel eines europäischen Umweltrechts dazu beiträgt, daß bei grenzüberschreitenden Umweltproblemen das jeweils strengere nationale Recht Anwendung findet?

Premierminister Barre antwortet, sowohl auf Regierungs- wie auf regionaler Ebene bestünden zwischen Frankreich und der Bundesrepublik in dieser Hinsicht enge Kontakte. Frankreich habe jegliche nützliche Daten über Umweltverschmutzung und Umweltschutz, gerade auch im Falle der Region Fessenheim geliefert. Frankreich gestatte jedoch keine Einflußnahme von außen auf die Verwirklichung seines nationalen Nuklearprogamms.

Tagesordnungspunkt:

Flugsicherung

(Drucksache 4610)

Berichterstatter: Abg. Cornelissen

Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich dem Berichterstatter Dank sagen für seinen klaren und sehr nüchternen Bericht. Dieser Bericht ist im Ausschuß einstimmig angenommen worden. Ich habe auch nicht die Absicht, irgendwelche Änderungsanträge zu stellen. Vielmehr möchte ich dem Berichterstatter meine volle Unterstützung für diesen Bericht zusagen. Ich darf noch einmal betonen, daß wir im Ausschuß einstimmig der Meinung waren, dieser Bericht möge die Zustimmung dieses Hauses finden.

Es gibt zwei maßgebliche Gründe, die uns bestimmen sollten, diesem Bericht unsere Unterstützung zu verleihen:

Einmal sind es Sicherheitsgründe, die dringend Maßnahmen erfordern. Man bedenke, daß zur Zeit allein in Westeuropa 41 **Kontrollzentren für den Luftverkehr** bestehen — das steht in diesem Bericht —, und wenn man die lokalen Kontrollzonen hinzurechnet, kommt man auf mehr als 160, wobei die technische Ausstattung und die personelle Besetzung sowohl qualitativ wie auch quantitativ durchaus unterschiedlich ist. Aber wir wissen ja alle, daß selbst kleine Fehler im technischen und im menschlichen Bereich katastrophale Folgen haben können. Ich brauche nur an die Luftzusammenstöße in Lubljana oder im französischen Raum zu erinnern oder an die Bodenbewegungen, die zu dem Unglück in Teneriffa geführt haben. Ebenso beweisen die Fast-Zusammenstöße, daß noch viel zu tun übrigbleibt und daß wir einfach nicht in kleinstaatliche Lösungen zurückfallen dürfen, wenn wir diese Aufgabe für unsere Länder lösen wollen.

Es sind aber auch wirtschaftliche Gründe, die uns bestimmen sollten, hier weiter zu sehen. Der Bericht wird vor dem Hintergrund einer drastischen Änderung der wirtschaftlichen Situation im internationalen Luftverkehr erstattet: einmal die wirtschaftliche Rezession und Inflation, auf der anderen Seite die Explosion der Treibstoffkosten. Um ihnen das an einem Beispiel zu demonstrieren: Allein die deutsche Lufthansa hat im Jahre 1979 840 Millionen DM für Treibstoff gezahlt, und im Jahre 1980 werden sich die Kosten voraussichtlich auf 1,4 Milliarden DM belaufen.

Der Wettbewerb ist härter geworden. Im Lang- und Mittelstreckenverkehr gibt es sogenannte Bedarfsfluggesellschaften, und manche von ihnen lassen den Verdacht aufkommen, daß hart am Rande der Legalität gearbeitet wird. Oberster Grundsatz muß aber sein und bleiben, daß auch im härtesten Wettbewerb die Sicherheit Vorrang hat. Sicherheit kann aber auf Dauer nicht im nationalen Rahmen, sondern nur im internationalen Rahmen gewährleistet werden. Deshalb befaßt sich der Bericht so ausführlich mit **Eurocontrol.** Was der Berichterstatter über die Notwendigkeit der Erhaltung und des Ausbaus gesagt hat, sollte von dieser Versammlung ganz nachdrücklich unterstützt werden.

Mein Land hat sich stets vertragstreu an das Eurocontrol-Übereinkommen gehalten und sich mit Nachdruck für eine europäische Flugsicherung eingesetzt. Die Voraussetzung für einen reibungslosen Flugverkehr in Europa ist dort also gegeben. Auch heute nocht sieht die Bundesrepublik in einer gemeinsamen grenzübergreifenden Flugverkehrskontrolle durch Eurocontrol im gesamten Luftraum aller Mitgliedsstaaten das Optimum.

Leider hat sich die Ursprungsidee einer übergreifenden Flugverkehrskontrolle für das gesamte Gebiet der Mitgliedstaaten von Eurocontrol nicht durchgesetzt. Die Bundesrepublik hat stets an dem Ziel der Kontrolle des gesamten oberen Luftraums — das heißt oberhalb von 7500 Metern — von Benelux und Norddeutschland durch die Kontrollzentrale Maastricht festgehalten. Auf Grund einer deutschen Initiative wird Eurocontrol in einer Studie feststellen, welche über den Status quo hinausgehenden Aufgaben die Kontrollzentrale Maastricht im Bereich der Flugverkehrskontrolle haben kann. Hierzu gehört außer der Einbeziehung von wesentlichen Teilen des unteren Luftraums vor allem die im Plan für Maastricht von Anfang an vorgesehene, aber bis heute nicht erfolgte Übertragung der Kontrolle des niederländischen Luftraums.

Mein Land hält auch daran fest, daß, selbst wenn die Entwicklungen andere Wege gehen, Eurocontrol alle die Aufgaben wahrnimmt oder übertragen erhält, die angesichts der ständig wachsenden Verkehrsdichte in Europa sowie der technologischen Fähigkeiten von Eurocontrol für die Zukunft einer europäischen Flugsicherung notwendig sind. Hierzu gehört vor allem die Eurocontrol neu zu übertragende zentrale Funktion der europäischen Verkehrsflugregelung, wie das bereits der Kollege Wilkinson gesagt hat.

Zum Schluß darf ich die Hoffnung ausdrücken, daß unser heutiger Appell dazu beiträgt, eine einmal als richtig erkannte Lösung konsequent weiter zu verfolgen.

Entschließung 741 (1980)
betr. die Flugsicherung

Die Versammlung

...

...

4. bedauert, daß Eurocontrol trotz der zwingenden Notwendigkeit einer breiter angelegten Sicherung des Luftverkehrs in Europa in den zwanzig Jahren ihres Bestehens nicht die Mittel erhalten hat, die zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich sind;

5. ist tief besorgt über die Absicht einiger Mitgliedstaaten von Eurocontrol, das Übereinkommen über diese Organisation, das bis 1983 in Kraft bleibt, zu revidieren, um den nationalen Behörden wieder die Vorrechte einzuräumen, die Eurocontrol eigentlich übertragen werden sollten;

6. unterstreicht, daß die Organisation Eurocontrol:
   a) als ein Instrument zur Verbesserung der Effizienz und Sicherheit des Luftverkehrs ausgebaut werden sollte, der ein bedeutendes Mittel für den Austausch und die Verbindungen zwischen den Völkern Europas ist;
   b) bei der Ausbildung von Fluglotsen, nicht nur für Mitgliedsländer, sondern auch für Nichtmitgliedsländer — die Zentrale in Luxemburg ist bereits für Nichtmitgliedstaaten geöffnet —, eine wichtige Rolle gespielt hat;
   c) eine anerkannte Führungsposition bei der Entwicklung und Konstruktion moderner Flugsicherungssysteme in den Zentralen von Maastricht, Karlsruhe und Shannon erworben hat;

7. vertritt die Ansicht, daß
   a) aus den vorgenannten Gründen und aus Betriebserfordernissen möglichst viele Mitgliedstaaten des Europarates der Organisation Eurocontrol angehören sollten;
   b) den europäischen parlamentarischen Versammlungen regelmäßig über die Aktivitäten der Organisation Bericht erstattet werden sollte, da die derzeitigen Aufgaben und die künftige Entwicklung von Eurocontrol auf nationaler und internationaler Ebene politische Entscheidungen von großer Tragweite erfordern;
   c) die wichtigen spezifischen Personalprobleme von Eurocontrol durch institutionalisierte regelmäßige Beratungen zwischen dem Ständigen Ausschuß von Eurocontrol und den betreffenden Gewerkschaften gelöst werden sollten;

8. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf:

   a) gemeinsam darauf hinzuwirken, den Beitritt neuer Mitglieder zur Organisation Eurocontrol zu erleichtern;

   b) den Ständigen Ausschuß von Eurocontrol zu ersuchen, die Aufgaben der Organisation, wie sie in dem Übereinkommen festgelegt sind, einschließlich derjenigen, die in Absatz 3 (a) aufgeführt sind, beizubehalten;

9. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß Eurocontrol der Parlamentarischen Versammlung des Europarates regelmäßig über ihre Aktivitäten Bericht erstattet.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in Bolivien

(Drucksache 4620)

Abstimmung über Entschließung 742 ohne Aussprache

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in der Türkei

(Drucksachen 4621 und 4611)

Berichterstatter: Abg. Steiner

Mittwoch, 1. Oktober 1980

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in der Türkei

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung beginnen; dann wird das, was ich zur Sache zu sagen habe, dem einen oder anderen Kollegen vielleicht verständlicher erscheinen.

Im April 1953 ist erstmals eine deutsche Parlamentarierdelegation unter Führung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Professor Baade, der zwölf Jahre in der Emigration in der **Türkei** war und sich dort großer Beliebtheit erfreute und später als Leiter des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel internationales Ansehen als Wissenschaftler genoß, für drei Wochen nach der Türkei gereist. Wir haben damals die Deutsch-Türkische Vereinigung gegründet, die heute noch besteht. Ich habe nach 27 Jahren Mitgliedschaft in dieser Vereinigung gleichzeitig die Ehre, seit vier Jahren der Präsident der Deutsch-Türkischen Parlamentariervereinigung zu sein.

Mir scheint daher in diesem Hause zunächst folgender Satz festzuhalten zu sein: Jeder Vergleich der Ereignisse in der Türkei mit Militärputschen in Südamerika ist eine Beleidigung des türkischen Soldaten und eine Beleidigung des türkischen Volkes. Denn am Beginn des modernen türkischen Staates steht der Kampf der Militärs gegen die Feinde des Osmanischen Reiches von außen und gegen den Rückschritt in die Vergangenheit des Osmanischen Reiches im Innern. An der Spitze stand Kemal Pascha, General, als Atatürk, Vater der Türkei. Also schon aus der Entstehungsgeschichte der modernen Türkei ist die Rolle des türkischen Militärs überhaupt nicht hinauszudiskutieren.

Ich habe bei dem Besuch damals auch einen der Mitkämpfer Atatürks kennengelernt: Ismet Inönü. Ich weiß, daß in der türkischen Verfassung — die türkischen Kollegen werden das bestätigen — dem türkischen Militär eine besondere Verpflichtung eingeräumt ist, gewissermaßen als Ultima ratio dann einzugreifen, wenn die Ordnung, die Sicherheit und die Grundrechte der Bürger nicht mehr gewährleistet sind.

Das war Anfang der 60er Jahre der Fall. Damals wurde der Staatspräsident Celal Bajar zum Tode verurteilt. Es gelang unserer Intervention, die Hinrichtung des Staatspräsidenten Celal Bajar zu verhindern. Aber leider ist damals der Ministerpräsident Adnan Menderes hingerichtet worden. Es waren beklagenswerte Ereignisse; das läßt sich nicht leugnen.

Ein ähnlicher Eingriff wiederholte sich Anfang der 70er Jahre. Und nunmehr beklagen wir mit Recht ähnliche Ereignisse am Beginn der 80er Jahre.

Aber hier gilt es, Herr Kollege Lidbom, nach den Ursachen zu fragen: Warum ist es zum drittenmal zum Eingreifen der Militärs gekommen? Dankenswerterweise hat mein Kollege Sir Frederic Bennett schon darauf hingewiesen. In der Türkei ist ein Chaos und eine Anarchie zu beklagen gewesen, der allein seit Anfang dieses Jahres 2 500 türkische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind.

Die staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung war zerstört. Die hoch angesehene Frankfurter Allgemeine Zeitung — ich halte sie für die beste deutsche Zeitung und viele von Ihnen auch — schreibt unter dem 27. September — ich darf kurz zitieren —:

> Für die türkische Wirtschaft ist der 15. September zu einer Art Wendemarke geworden. An diesem Montagmorgen, vier Tage nach dem unblutigen Militärputsch öffneten sich die Tore von rund 200 Betrieben wieder, und mehr als 100 000 Arbeitnehmer gingen, zum Teil sogar mit Gesang, wieder an ihre Arbeitsplätze. Zahlreiche Betriebe waren infolge anhaltender Streiks über Monate hinweg geschlossen gewesen. Viele der Arbeitnehmer hatten diese Streiks nicht gewollt; denn die Gewerkschaften hatten ihnen kaum mehr als ein Viertel der ohnehin niedrigen Normallöhne als Entschädigung zahlen können. Die Folge ist eine hohe Verschuldung der Arbeitnehmer, die sich dennoch nicht getraut hatten, den oft schwer bewaffneten Streikposten entgegenzutreten.

Dann heißt es dort, daß sich allein 245 Syndikate in der Türkei, wenn auch zu einigen großen Gewerkschaften zusammengeschlossen, in das innere wirtschaftliche und soziale Leben eingemischt haben.

Ich war im April vorigen Jahres mit drei Kollegen der sozialdemokratischen Bonner Regierungspartei, drei Kollegen der christlich-demokratischen Opposition und einem Liberalen in der Türkei. Wir haben mit Ecevit, dem damaligen Ministerpräsidenten, gesprochen. Wir haben mit Demirel gesprochen. Wir haben auch mit den Militärs gesprochen, auch mit General Evren. Die Militärs haben uns beschworen: Sorgen Sie dafür, daß die beiden großen Parteien zusammenarbeiten! Sorgen Sie dafür, daß eine große Koalition der beiden großen Parteien unter Ecevit und Demirel stattfindet! Sonst müßten wir Militärs wieder eingreifen. Das wollen wir nicht.

Der Finanzminister Kiep, der damals wegen der Finanzhilfe gleichzeitig da war, und wir alle haben den beiden Staatsmännern Ecevit und Demirel zugeredet. Wir haben sie beschworen und ihnen gesagt, daß auch Deutschland 1966 in einer weit weniger gefährlichen Lage erstmalig eine große Koalition aus Christlich-Demokratischer Union und Sozialdemokratischer Partei gebildet hatte. Aber wir predigten tauben Ohren. Die persönliche Feindschaft dieser beiden Staatsmänner ließ eine solche Zusammenarbeit nicht zu.

Also, meine Kollegen, fragen wir erst einmal nach den Ursachen! Ich wage, hier das Urteil auszusprechen: Die Ursachen der schlechten Entwicklungen, die jetzt bis zum Eingreifen des Militärs geführt haben, liegen nicht zuletzt im Versagen der beiden großen Parteien, in der persönlichen Rivalität der beiden Staatsmänner Ecevit und Demirel, die sich den demokratischen Aufgaben nicht gewachsen gezeigt haben. So ist die Geschichte, die tragische Geschichte, zu erklären.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, wir sollten daher zunächst Vertrauen in die Übergangsregierung der Militärs haben, ebenso wie vor 20 und wie vor 10 Jahren.

Ich habe Respekt vor den vier türkischen Kollegen, die hier sind. Ich hoffe, Herr Lidbom, ich habe Sie nicht so verstanden, als Sie fragten, wer Sie ausgewählt hat. Ich kenne die Kollegen schon viele Jahre. Ich habe volles Vertrauen. Mir ist ganz gleich, wer sie ausgewählt hat. Die Männer bürgen für die demokratische Gesinnung, und kein geringster Verdacht darf hier ausgesprochen werden. Es ist leicht auszurechnen, warum die anderen bei den desolaten Verhältnissen nicht da sind.

Ich habe auch Vertrauen zu unserem Präsidenten, daß er sich um das Schicksal der anderen kümmern wird, die nicht hier sein können.

Wenn ich mich hier als Mitglied der deutschen Delegation sehr deutlich ausgedrückt habe, dann bedenken Sie bitte: Kein Land in Europa hat seit 20 Jahren für die Türkei so viel getan wie unser Land. Kein Steuerzahler in Europa hat so viel für die türkische Bevölkerung getan wie unser Steuerzahler. Wir haben anderthalb Millionen Türken in unserem Land. Wir sind stolz auf ihren Fleiß. Wir helfen ihnen. Mit ihren Angehörigen sind es über 2 Millionen Menschen.

Meine Damen und Herren, wissen Sie, daß diese Türken jedes Jahr 2 Milliarden DM in die Türkei überwiesen haben? Bis zu dem Zeitpunkt, da das Geld in der Türkei nicht mehr wert war; da haben die Leute das Geld bei uns im Land gelassen. Dadurch versiegte der ganze Fluß von jährlich 2 Milliarden DM in die Türkei, auch wegen der desolaten wirtschaftlichen, sozialen und monetären Verhältnisse.

Wenn die Bundesregierung in Bonn mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler daher sagt: wir wollen weiter helfen, wir wollen abwarten!, wenn alle Parteien des Deutschen Bundestages das tun, wenn gestern der Internationale Währungsfonds beschlossen hat, die Türkei-Hilfe fortzusetzen, dann frage ich mich, warum wir hier plötzlich voller Mißtrauen sein sollen.

Lassen Sie mich abschließen. Warum sind es ausgerechnet die Kommunisten, die sich jetzt an die Spitze der Menschrechtsbewegungen setzen? Die hiesigen Demonstranten sind aus Kehl gekommen, die Leitung hatte die Kommunistische Partei. Am Friedrich-Ebert-Platz in Köln demonstrierten am Sonntag tausend Türken: wer hatte die Organisation? Die Kommunistische Partei in Köln!

Ich kann also nur uns allen zurufen: Hüten wir uns vor Scharfmachern in dieser Lage, hüten wir uns vor falschen Freunden! Beobachten wir sorgfältig die Entwicklung! Leisten wir schnelle wirksame Hilfe! Seien wir keine Pharisäer, sondern seien wir zu Opfern bereit, auch zu Hause im Budget, bei der Diskussion in Stockholm, in Kopenhagen und überall, wo wir zu Hause im Parlament etwas zu sagen haben!

Meine Damen und Herren, ich stimme dieser Resolution nicht zu. Jeder Resolution, die sich gleich nach den ersten 14 Tagen auf Artikel 8 beruft, werde ich nicht zustimmen, weil das unsachlich, emotional und politisch-propagandistisch nur zum Nutzen der Kommunistischen Partei ist.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich möchte den Berichterstatter noch einmal beglückwünschen zu diesen für mein Gefühl wirklich sehr ausgewogenen Bericht über die so schwierige und uns so angehende Lage in der Türkei.

Es ist selbstverständlich — der Berichterstatter hat das sehr deutlich gemacht, und das ist auch in der Entschließung enthalten, die im Politischen Ausschuß verabschiedet worden ist —, daß es unsere Pflicht als Europarat ist, energisch darauf zu dringen, daß dieser unser Mitgliedstaat sobald wie möglich wieder voll, das heißt als Demokratie, in unsere Reihen aufgenommen werden kann. Aber wir müssen auch Geduld aufbringen; denn die Verhältnisse in der **Türkei** waren ja, wie wir wissen und wie von verschiedenen Kollegen schon erwähnt worden ist, bereits seit langem nicht mehr so, daß man sie mit Ruhe betrachten konnte. Es herrschte dort leider Gottes mehr oder weniger ein Chaos, das jedermann gefährdete, und

wir wissen, daß die Parteien dort nicht in der Lage waren, die Sache in den Griff zu bekommen.

So würde eine rein nominelle Wiederherstellung der Demokratie der Türkei noch nicht helfen. Die Verhältnisse im Lande müssen vor allem stabilisiert werden. Unter „stabilisiert werden" verstehe ich natürlich nicht Freiheitsberaubung gegenüber Politikern und anderen, Ausschaltung der Parteien, der Gewerkschaften und der freien Presse. Nein, es müßte eine wirkliche Beruhigung der gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage eintreten.

Deswegen erscheint es mir absolut notwendig, daß die jetzige Regierung unsererseits auf diese Verantwortung hingewiesen wird und daß ihr zugleich eine Chance gegeben wird, die notwendige Veränderung des jetzigen Zustands hin zur Demokratie zu erreichen, einer Demokratie, die arbeitsfähig ist. Deshalb ist es richtig, Druck mit den uns verfügbaren Mitteln auszuüben. Denn das kann helfen, den Prozeß zu beschleunigen.

Es ist aber in meinen Augen nicht richtig, den Druck zu stark in der Weise auszuüben, daß wir dieses Land vorschnell aus unserer Gemeinschaft ausschließen. Ein krankes Mitglied unserer 21er-Gemeinschaft muß gewiß sein, daß sein Schicksal uns mitbetrifft. Ich denke, das haben wir in der Vergangenheit bereits deutlich bewiesen. Gerade deshalb halte ich es für richtig, diesen Kurs so lange wie möglich beizuhalten. Wir haben aus dieser bereits bewiesenen Haltung die Pflicht, streng auf Rückkehr zur Demokratie zu dringen. Betrifft doch das Schicksal der Türkei ganz Europa — mehr noch vielleicht, da jetzt der Krieg zwischen Iran und Irak in bedrohlicher Nähe entbrannt ist.

Erklärung zur Stimmabgabe:

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Herr Kollege Günes heute vormittag als letzter Redner gesprochen hatte, hatte ich die Hoffnung, daß wir uns im Sinn des Änderungsantrags des Kollegen Batliner zu einer Mehrheit zusammenfinden. Da das leider nicht geschehen ist, muß ich mich für meine Person und für einige Kollegen der christdemokratischen Partei der Bundesrepublik Deutschland dem anschließen, was der Schweizer Kollege Müller soeben für die Schweizer Kollegen gesagt hat: Auch wir enthalten uns.

Ich möchte zum Schluß sagen: Das bittere Schlußwort des Kollegen Günes ist ein Menetekel. Videant parlamentarii, ne quid detrimenti capiat Europa — um im Sinn eines alten römischen Worts zu schließen —.

Empfehlung 904 (1980)

betr. die Lage in der Türkei

Die Versammlung

...

10. appelliert an die derzeitige Regierung der Türkei:
    a) die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention einzuhalten;
    b) unverzüglich alle gewählten Politiker freizulassen, die nicht schwerwiegend gegen ein Gesetz verstoßen haben, das vor dem 12. September 1980 in Kraft war;
    c) unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die Rückkehr zu einem demokratischen System vorzubereiten, was unter anderem das Recht, ungehindert politische Parteien, Gewerkschaften und andere demokratische Vereinigungen zu bilden, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung impliziert,
11. empfiehlt dem Ministerkomitee:
    a) die Entwicklung der Lage in der Türkei in enger Verbindung mit der Parlamentarischen Versammlung genau zu verfolgen;
    b) die türkische Regierung daran zu erinnern, daß das Ministerkomitee gemäß Artikel 8 der Satzung des Europarates Maßnahmen zu ergreifen hat, falls die türkische Regierung nicht unverzüglich die oben in Absatz 10 erwähnten Schritte unternimmt.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 4579)

Berichterstatter:
Außenminister J. P. Perez Llorca (Spanien)

Tagesordnungspunkt:

Die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wiederauflebens faschistischer Propaganda und ihrer rassistischen Aspekte

(Drucksache 4590)

Berichterstatter: Abg. Krieps

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte — nicht etwa aus Gründen der protokollarischen Höflichkeit, sondern aus ehrlichem Herzen — unserem Kollegen Krieps für seinen Bericht danken, und ich sage noch einmal, was ich schon im Politischen Ausschuß gesagt habe: ich freue mich, daß ich zu denen gehöre, die ihn für diesen Bericht vorgeschlagen haben. Sicher werden wir in dem einen oder anderen Punkt nicht übereinstimmen; dies ist unter Demokraten nun einmal eine Selbstverständlichkeit. Auf jeden Fall hat er uns einen Bericht gegeben, der in seiner Sachlichkeit und Eindringlichkeit eine Grundlage bietet, auf der wir in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren weiterarbeiten können.

Unser französischer Kollege Sénès hat darauf hingewiesen, daß 35 Jahre nach dem Ende des Zweiten

Weltkriegs die Erinnerung an Nationalsozialismus und **Faschismus** blaß geworden ist und daß sich sehr viele eigentlich gar nicht mehr vorstellen können, welche Verbrechen damals geschehen sind. Die junge Generation, die heute herangewachsen ist, hält dies alles für etwas Geschichtliches, wenn nicht gar Vorgeschichtliches, so wie ich etwa den ersten Weltkrieg angesehen habe, den ich meinerseits nicht miterleben mußte.

Aber gerade weil dies so ist, möchte ich hier eine deutliche Warnung einfließen lassen. Wir haben es uns leider angewöhnt, sowohl den Vorwurf des Kommunismus als auch den Vorwurf des Faschismus auch solchen Gruppen anzuhängen, die vielleicht nur eine etwas andere Terminologie verwenden, die sich etwas außerhalb jener Überlegungen bewegen, die wir Tag für Tag hegen und die wir seit Jahren als unsere Gemeinsamkeit empfinden. Ich habe die Sorge, daß vor allem die Angehörigen der jungen Generation, die den Faschismus, den Nationalsozialismus oder auch den Kommunismus nicht direkt als Herrschaftsform miterlebt haben, dann nicht etwa diejenigen als Faschisten beziehungsweise als Nationalsozialisten ansehen, die es damals wirklich waren, sondern gewisse parteitaktische Angriffe von heute ernst nehmen und dann im Wege des Rückschlusses glauben, die Faschisten, die Nationalsozialisten oder auch die Kommunisten seien in Wirklichkeit gar nicht so gewesen, wie es in den Geschichtsbüchern steht, sie seien also möglicherweise so harmlos gewesen wie eben jener Nachbar, dem man jetzt den Faschismus- oder den Kommunismus-Vorwurf an den Rock geklebt hat.

Ich habe in meinem Wahlkreis in den letzten Wochen eine Initiative „Ausländer raus" — wie das in der drastischen Sprache der **Rechtsextremisten** hieß — erlebt, und ich habe mich sofort darum gekümmert, weil ich wissen wollte, was dahinter steckte. Dabei stellte ich fest, daß es da zwei/drei wirkliche, altbackene Nationalsozialisten gab, daß es sich im wesentlichen aber um eine größere Gruppe von Eltern schulpflichtiger Kinder handelte, die vor der Situation standen, daß Anfangsschulklassen zu rund 50 % aus Ausländerkindern bestanden, die die deutsche Sprache nicht beherrschten.

Hier war überhaupt keine Gegnerschaft gegen diese Kinder oder gegen deren Eltern, sondern hier hatte man einfach Sorge, die eigenen Kinder könnten auf Grund dieser Zusammensetzung der Schulklassen nicht in der Lage sein, das schulische Pensum zu erledigen, das für ihre Bildung und Ausbildung notwendig ist.

Es ist uns gelungen, diese ganze Aktion schnell zu beenden, einfach weil wir klarmachen konnten, daß hier berechtigte Sorgen mit einem nationalistischen, einem rassistischen Etikett beklebt waren.

Deswegen ist meine herzliche Bitte immer, daß wir nicht dann, wenn plötzlich etwas auftaucht, was uns im ersten Moment erschreckt, sofort sagen, dies könne nur aus einer rechtsextremistischen oder linksextremistischen Ecke kommen; sondern daß wir uns dann erst einmal sehr sorgfältig darüber unterrichten lassen, was tatsächlich ist und ob wir als Demokraten nicht vielleicht bei einem ganz bestimmten Punkt versagt haben und dadurch erst anderen den Ansatz geben, ihrerseits tätig zu werden und vielleicht in dem einen oder anderen Fall Einfluß zu bekommen.

Herr Krieps hat mit Recht gesagt, daß man um Himmels willen unter Demokraten nicht versuchen soll, den Rechtsextremismus gegen den Linksextremismus aufzurechnen. Ich halte dies für richtig. Ich bin immer erschreckt, wenn Demokraten auf dem rechten Flügel allzu schnell bei Regierungen des linken demokratischen Flügels sagen, sie betrieben wohl eine Hilfe oder eine Unterstützung für den Kommunismus, oder wenn, umgekehrt, Regierungen des linksdemokratischen Spektrums bei Politikern aus der rechtsdemokratischen Ebene versuchen, Rechtsextremismus zu erfinden.

Hier fehlt sehr oft die Solidarität der Demokraten, und hier werden sehr oft Vorwürfe gemacht, die zwar tagespolitisch für den einen oder anderen interessant sind, die aber letztlich — und das ist immer mein Erschrecken dabei — eine Verniedlichung des Rechtsextremismus wie des Linksextremismus bringen.

Herr Präsident! Gestatten Sie mir die Bemerkung: Es ist manchmal schändlich gegenüber den Opfern des Rechtsextremismus wie des Linksextremismus, daß wir aus parteitaktischem Egoismus eine derartige Verniedlichung vornehmen.

Ich habe eine Bitte an diese Versammlung. Diese Bitte lautet, daß wir uns in der nächsten Zeit ernsthaft nicht nur mit einem einzigen Aspekt des Totalitarismus, sondern mit allen Aspekten des Totalitarismus befassen.

Wir werden im nächsten Monat in diesem Hause ein Symposium über den **Terrorismus** erleben, einen Ausschnitt, der sowohl den Rechtsextremismus als auch den Linksextremismus betrifft. Ich meine aber, dieser Ausschnitt ist zu klein, wenn wir unserer heranwachsenden Generation klarmachen wollen, welche Gefahren in der einen und in der anderen Richtung bestehen.

Deswegen ist es meine herzliche Bitte, hier in Zukunft eine ähnliche Ad-hoc-Gruppe zu bilden wie bei der Untersuchung des Terrorismus, um dann das gesamte Problem des Totalitarismus aufzugreifen und die vielfältigen Verflechtungen der verschiedenen Gruppierungen ebenfalls zu untersuchen, damit wir dann auf europäischer Ebene eine Basis haben, auf der wir allen unseren Völkern klarmachen können, wie notwendig es ist, eine Demokratie zu erhalten, wie wichtig es ist, die Freiheit für jeden einzelnen zu retten, und wie notwendig es ist, jeden Totalitarismus zu bekämpfen.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte nur eine kurze Erklärung zur Abstimmung abgeben. Ich habe mich bei den Anträgen, die von kommunistischen Mitgliedern dieses Hauses kamen, der Stimme enthalten, weil ich es auf Grund meiner eigenen Erfahrungen mit einem kommunistischen Regime nicht für richtig halte, einer totalitaristischen Gruppe die Zustimmung zu geben, selbst dann, wenn sie eine andere Form des Totalitarismus bekämpft.

Entschließung 743

betr. die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wiederauflebens faschistischer Propaganda und ihrer rassistischen Aspekte

Die Versammlung

1. bekäftigt ihr Festhalten an den Prinzipien der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte, auf denen der Europarat beruht;

2. ist tief besorgt über das Auftauchen einer heftigen Propaganda in mehreren Mitgliedstaaten, die die Rehabilitierung faschistischer Theorien und deren rassistische Aspekte zum Ziel hat;

3. erinnert an ihre Empfehlung 453 (1966), die Anlaß zu der vom Ministerkomitee angenommenen Entschließung (68) 30 betr. Maßnahmen gegen die Aufhetzung zu Rassen-, Volks- und Religionshaß gab;

4. verurteilt die jüngsten Anschläge, die um so empörender sind, als sie auf unschuldige Massen, jüdische Kinder, eingewanderte Arbeiter und Flüchtlinge verübt wurden;

5. verurteilt diese Propaganda auf das Schärfste, die, von Extremistengruppen lautstark betrieben, in einer Atmosphäre wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit in bestimmten Bereichen der Bevölkerung Anklang findet und in ganz subtiler Weise sogar versucht, in der Ideologie bestimmter politischer Parteien mit großer Anhängerschaft Fuß zu fassen;

6. erinnert an den an das Ministerkomitee in ihrer Empfehlung 453 (1966) gerichteten Antrag, „die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, wirksame Gesetze gegen die Anstiftung zu Rassen-, Volks- und Religionshaß und Gewalttätigkeit zu erlassen, oder, wo solche Gesetze bereits bestehen, ihren Geltungsbereich und ihre Wirksamkeit im Lichte der gegenwärtigen Umstände zu überprüfen und außerdem alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit diese Gesetze strikt durchgeführt werden;

7. macht Journalisten und diejenigen, die für die Massenmedien zuständig sind, auf ihre Verantwortung hinsichtlich der Verbreitung von Informationen in der Öffentlichkeit aufmerksam, die die Entwicklung von Reaktionen rassistischer und elitärer Art fördern könnten;

8. begrüßt:

   a) die Initiative des Europäischen Jugendzentrums des Europarates, in Straßburg vom 9. bis 11. Dezember 1980 eine Konferenz über die Intoleranz in Europa zu veranstalten;

   b) die Tatsache, daß der Rat für kulturelle Zusammenarbeit der Vorbereitung von Schulkindern auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft mit dem Projekt „Vorbereitung auf das Leben", das sich mit der höheren Schulbildung befaßt, große Bedeutung beimißt;

9. fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten eindringlich auf:

   a) geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Wurzeln des Übels, die dieser Propaganda zugrunde liegen, dadurch zu bekämpfen, daß allen der Zugang zur Justiz, zum Recht auf Arbeit, zur Kultur und zur Bildung gesichert wird, welche letztere insbesondere dem modernen Geschichtsunterricht einen ihm angemessenen Platz einräumen müßte, um die Jugend besser auf die Förderung der Demokratie vorzubereiten,

   b) sofern sie noch nicht bestehen, Gesetze zu schaffen, die im Einklang mit Artikel 2, Abs. 1d des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, das am 4. Januar 1969 in Kraft trat, und der Entschließung (68) 30 des Ministerkomitees vom 31. Oktober 1968 betr. das Verbot von Rassen-, Volks- und Religionsdiskriminierung, solche Aktionen unter Strafe stellen, denen Rassismus und Fremdenfeindschaft zugrunde liegen.

10. fordert das Ministerkomitee auf, bei den Regierungen der Mitgliedstaaten dafür einzutreten, daß sie schärfere und geeignetere Maßnahmen gegen subversive faschistische Elemente und Nazigruppen ergreifen und die freien und demokratischen Institutionen gegen Gewaltakte schützen, die bereits das Ausmaß sich häufig wiederholender Massaker erreicht haben;

11. Appelliert an das Ministerkomitee, der Empfehlung 855 der Versammlung vom 2. Februar 1979 zu entsprechen und bei den Regierungen der Mitgliedstaaten dafür einzutreten, daß sie das Europäische Übereinkommen von 1974 über die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschheit und Kriegsverbrechen (Absatz 10, i) unterzeichnen und ratifizieren, alle Maßnahmen ergreifen, damit diese Verbrechen nicht ungestraft bleiben (Absatz 10, ii) und ihre Zusammenarbeit verbessern, um die Täter dieser schweren Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen (10, iii).

Donnerstag, 2. Oktober 1980

Tagesordnungspunkt:

Internationale Steuervermeidung und Steuerflucht

(Drucksache 4591)

Berichterstatter: Abg. Pettersson

Tagesordnungspunkt:

Die Zusammenarbeit zwischen Ländern Nord- und Südeuropas: Folgemaßnahmen zur Empfehlung 861 (1979)

(Drucksachen 4574 und 4624)

Tagesordnungspunkt:

Visumzwang für türkische Staatsangehörige

(Drucksache 4625)

Berichterstatter: Abg. R. Müller

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Erlauben Sie mir, zuerst mein Erstaunen, ja meine Betroffenheit darüber auszudrücken, daß hier ausgerechnet die Bundesrepublik in einer Weise getadelt wird, die ich ein bißchen merkwürdig finde. Ich nehme das natürlich zur Kenntnis. Ich sehe auch eine gewisse Berechtigung darin. Aber ich werde das, was in der Bundesrepublik geschehen ist, zu verteidigen wissen.

Zunächst: Diese Maßnahme hat nichts zu tun mit dem Terrorismus in unserem Land oder in anderen Ländern. Sie hat auch nichts damit zu tun, daß es eventuell zwischen der deutschen Bevölkerung und türkischen Arbeitern und ihren Familien, die bei uns leben, Schwierigkeiten gibt. Sie hat auch gar nichts mit der Bundestagswahl zu tun.

Ich nenne Ihnen vorweg ein paar Zahlen. 1977 hatten wir 1 163 **türkische Antragsteller auf Asyl** in der Bundesrepublik. 1978 waren es schon 7 419. 1979 waren es 16 044. Und allein im ersten Halbjahr 1980 waren es 47 680. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Sie machen eigentlich jedem Politiker begreiflich, daß die Sache nicht so einfach ist.

Vor den hier geäußerten Ausdrücken der Betroffenheit und der Entrüstung edlen Gefühles müßte ich fast im Boden versinken. Aber das tue ich nicht, und zwar aus gutem Grund.

Ich bitte Sie alle, ein bißchen auf den Boden der Wirklichkeit herunterzukommen und vernünftig mit mir über diese Sache zu diskutieren.

Die Türken in unserem Land sind absolut integriert. Wir rechnen mit ihnen. Wir sehen sie als geachtete und selbstverständliche Partner in unserem Land an. Wir haben eine ganze Menge Maßnahmen getroffen, um diese große und wachsende Menge der türkischen Familien in die Gesellschaft in einer Weise zu integrieren, die sich sehen lassen kann. Wir sorgen dafür, daß die türkischen Schüler eigene Lehrer bekommen, so daß sie ihre eigene Sprache und Kultur nicht vergessen. Die heranwachsende Generation der türkischen Familien will bei uns bleiben. Wir sehen in ihnen zukünftige deutsche Staatsbürger.

Aber stellen Sie sich nun vor, daß die Lawine der zu uns kommenden Türken geradezu unmäßig geworden ist. Ich muß Ihnen sagen, daß manche Kommunen gezwungen sind, die vorhandenen Hotels aufzumieten, damit diese Menschen überhaupt unterkommen können. In Wohnungen, in denen bisher eine vier-, fünf- oder sechsköpfige türkische Familien gewohnt haben, wohnen jetzt 14, 20, 30 Personen. Wenn Sie das hören, können Sie sich vielleicht vorstellen, daß gerade dieser Zustand bei der deutschen Bevölkerung eine gewisse Aversion hervorruft. Leben Sie einmal mit anderen Mietfamilien in einem Haus zusammen, wo in einer oder zwei Wohnungen plötzlich eine Lawine von Personen wohnt, die ja alle Fazilitäten des Hauses mitgebrauchen müssen. Dann überlegen Sie sich mal, ob Sie das so gern hätten. Das erst macht Schwierigkeiten. Vorher war das ja gar nicht so.

Sie beklagen sich, daß wir uns gerade gegen die Türkei wenden. Ja, liebe Kollegen, wenn ein anderes europäisches Mitgliedsland auf einmal eine solche Lawine von Menschen in unser Land wandern ließe, oder wenn sie sonstwie von dort kämen, sähen wir uns vor genau den gleichen Schwierigkeiten.

Wir sehen uns gezwungen, gewisse Maßnahmen zum Schutz der Ordnung unseres Landes zu ergreifen. Es stimmt, daß tun wir gegenüber der Türkei als dem einzigen europäischen Land. Aber wir haben das auch anderen Ländern gegenüber tun müssen, aus denen infolge innerer Unruhen oder sonstiger Gründe unzählige Bürger bei uns Zuflucht suchten.

Dies wurde im Juli beschlossen. Es hat also mit der augenblicklichen Situation in der Türkei gar nichts zu tun. Wenn es noch nicht beschlossen gewesen wäre, hätte es sich die Bundesregierung, glaube ich, unter dem Eindruck der augenblicklichen Geschehnisse in der Türkei überlegt, und vielleicht diese Maßnahme noch etwas hinausgeschoben.

Wir haben — das kann man mit Fug und Recht sagen — in unserem Land eine der liberalsten Gesetzgebungen im Asylrecht. Für uns entstand nun die Frage: Wollen wir dieses liberale Asylrecht aufrechterhalten, oder wollen wir es beschneiden? Wie Sie wissen, kommen in unser Land sehr viele Menschen aus verschiedenen Ländern in der Welt, die um Leib und Leben bangen müssen. Wir wollen sie aufnehmen können. Wir dürfen uns aber der Möglichkeit dazu nicht berauben, indem wir schon vorher allzu viele Türken als Asylanten aufnehmen. Das muß man doch einsehen. Auch unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt; es geht so nicht mehr weiter.

Wenn diese Maßnahme ein Schutz für die innere Ordnung ist, kommt sie auch jenen Türken zugute, die bei uns leben. Wenn wir ihnen die Möglichkeiten des sozialen Rechtsstaats, in dem wir leben, weiter voll zugute kommen lassen wollen, dann tun wir das ja gerade im Sinn der Ziele des Europarats. Das aber wäre in Frage gestellt, wenn wir, ohne eine Hilfsmaßnahme einzubauen, die Hunderttausende, ja Millionen derer aufnehmen müßten, die um Aufnahme bitten.

Es ist also keinesfalls eine Maßnahme, die sich speziell oder überhaupt gegen die Türkei oder die türkischen Menschen richtet.

Es ist auch falsch, daß die türkischen Gastarbeiter dadurch beeinträchtigt werden. Sie können auch nach der Einführung dieser Visumspflicht unbehindert nach Hause und zurück reisen. Sie brauchen kein Visum.

Ebenso wenig brauchen — das wurde schon erwähnt — die Diplomaten, die Europarats-Beamten und alle Personen, die nachweisbar beruflich bei uns tätig sind, ein Visum. Auch sie können in die Türkei reisen und in unser Land zurückkommen.

Darüber hinaus wird an weiteren Ausnahmeregelungen gearbeitet.

Die Wirtschaftliche Lage ist natürlich bei uns besser als in der Türkei. Wer will das bestreiten? Aber gerade mein Land hat der Türkei schon seit Jahren Summen zukommen lassen — Herr Mende hat hier neulich die Zahlen genannt —, damit die türkische Wirtschaft sich mit dieser finanziellen Hilfe erholen kann. Diese sollte helfen, daß nicht so viele Türken sich in der verzweifelten Lage sehen, zu Hause keine Arbeit zu finden. Es ist nicht unsere Schuld, daß das noch nicht geholfen hat. Sie können nicht uns dafür verantwortlich machen. Sie können nicht sagen: Die Leute müssen bessere Arbeitsbedingungen finden. Wir haben versucht, der Türkei zu helfen, damit es dort bessere Arbeitsbedingungen gibt.

Eine persönliche Versicherung: Selbstverständlich werde ich als Politikerin und werden auch die anderen deutschen Abgeordneten als Politiker unsere Regierung mahnen, diese Maßnahme als zeitlich befristet zu behandeln, wie es ja die Absicht ist.

Ich hoffe sehr, liebe Kollegen, daß wir hier nicht blind über ein Prinzip streiten. Manches andere Mitgliedsland dessen Vertreter sich hier über die Bundesrepublik entrüsten, hat die gleiche Maßnahme entweder schon getroffen oder wird sie erwägen müssen. Seien wir doch vernünftig!

Wenn — und das ist eine sehr ernste Sache — Millionen Bürger eines Landes sich gezwungen sehen, ihr Land zu verlassen und anderswo Arbeit und Zuflucht zu suchen, dann ist das viel bedenklicher als etwa die Einführung einer Visumspflicht. Das ist eine politische Frage, die uns alle zutiefst betroffen machen und uns politisch aktiv werden lassen mußte.

Ich rufe Sie auf, lieber alle miteinander an den politischen Implikationen dieser verzweifelten Situation zu arbeiten, als einander hier zu attakieren. — Ich danke vielmals.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einem Satz des Bedauerns beginnen. Ich bedaure, daß in diesem Hohen Hause zur Zeit nicht einmal mehr 20 Mitglieder sitzen, um die wichtige Aufgabe zu erfüllen, nämlich über ein so schwieriges Thema miteinander zu diskutieren. Ich stelle fest, daß nicht einmal die Hälfte der Mitglieder jener Kommission hier ist, die den vorliegenden Antrag in das Plenum eingebracht hat.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich werde deswegen jetzt nicht die Frage nach der Beschlußfähigkeit dieses Hauses stellen. Aber ich stelle uns allen die Frage, wieweit wir als der kleine Rest unserer Versammlung noch ein moralisches Recht haben in einer so schwerwiegenden Frage heute vormittag eine Entscheidung zu fällen.

Ich möchte ein zweites Bedauern aussprechen. Dieses Bedauern richtet sich vor allem an meine türkischen Kollegen. Ich habe manchmal den Eindruck gehabt, als hätten sie mehr Sorge um Diskriminierung geäußert, als tatsächlich notwendig ist. Denn niemand in der Bundesrepublik Deutschland möchte die **Türkei** als Prügelknaben haben. Niemand in der Bundesrepublik Deutschland möchte die Türken, die bei uns leben und Gastarbeiter sind, hinauswerfen. Niemand hat die Absicht, etwa gar rassistische Überlegungen in die augenblickliche Auseinandersetzung mit einzubringen.

Worum es hier geht, ist nicht ein Versuch, die Türkei zu diskriminieren. Sie wissen alle — hier bitte ich unsere türkischen Kollegen, besonders nachzudenken —, mit welcher Intensität sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages darum bemühen, gemeinsam mit der Bundesregierung finanzielle Mittel aufzubringen, um der Türkei wieder eine bessere wirtschaftliche Verfassung zu ermöglichen. Es stünde in völligem Widerspruch zu derartigen Maßnahmen, wenn wir auf der anderen Seite die geringste Absicht hätten, die Türkei in irgendeiner Weise zu diskriminieren oder auch nur Teile der türkischen Bevölkerung einer Diskriminierung zu unterwerfen.

Meine Damen, meine Herren, worum geht es tatsächlich? Wir haben ein **Asylrecht,** das außerordentlich freiheitlich ist. Es ist ein Asylrecht, daß eine Antwort auf die Lage im Dritten Reich darstellt. Wir wollten — das steht im Grundgesetz — allen wirklichen politischen Flüchtlingen, die sich in ihrer eigenen Heimat in Gefahr für Leib und Leben befinden, Hilfe geben. Deswegen haben wir ein Asylrecht geschaffen, bei dem nicht einfach eine Behörde einen Asylantrag ablehnen kann, bei dem vielmehr jeder, der einen Asylantrag stellt, in der Lage ist, in drei gerichtlichen Instanzen gegen eine Ablehnung seines Antrags einen Prozeß zu führen, dies sogar ohne daß er finanzielle Schwierigkeiten erleidet.

Wir haben ein Recht geschaffen, nach dem jede Gemeinde, die einen Asylsuchenden aufnimmt, für ihn aufzukommen hat, ihn notfalls nicht nur verpflegen muß, sondern ihm auch Gelder zu geben hat, mit denen er leben kann, und ihm eine Unterkunft zu schaffen hat.

Ich darf ein Beispiel nennen. Jeder vierte Bewohner der Stadt Frankfurt ist heute Ausländer. In der Hauptsache sind es angebliche oder tatsächliche Asylsuchende. Durch die verschiedenen Möglichkeiten der Rechtssuche in den verschiedenen Instanzen ist es möglich geworden, daß bei uns zwischen fünf und sechs Jahren auch solche angeblich Asylsuchenden leben, die in Wirklichkeit überhaupt kein politisches Asyl benötigen, sondern unter Umgehung der rechtlichen Vorschriften diese fünf bis sechs Jahre bei uns mit Arbeitserlaubnis tätig sind.

Sehen Sie, meine Damen, meine Herren, wenn wir heute auf Grund der statistischen Unterlagen feststellen müssen, daß 90 % aller, die zu uns kommen und behaupten, politisches Asyl zu benötigen, nicht im geringsten politische Schwierigkeiten hatten, ja, daß inzwischen weitere 8 % allenfalls nur vage angeben können, daß sie in ihrer Heimat möglicherweise Schwierigkeiten haben könnten, dann werden Sie sich vorstellen, daß sehr viele unserer Mitbürger kritisch werden, nicht weil sie Fremdenhaß hätten, nicht weil sie vor allem etwas gegen die türkische Bevölkerung hätten — denn Sie wissen, daß es jahrzehntelang immer einen sehr engen Kontakt zwischen den Deutschen und den Türken gegeben hat —, sondern weil sie einfach fürchten, daß ein beachtlicher Teil ihrer eigenen Steuern für Menschen ausgegeben wird, die unter falschen Voraussetzungen bei uns leben. Dann stellt man sich innerhalb der Bevölkerung die Frage, ob das Asylrecht so, wie wir es jetzt haben, richtig ist.

So standen wir plötzlich vor der Frage, ob wir unser freiheitliches Asylrecht einschränken oder eine gewisse Notsituation, die entstanden war, durch vorübergehende Maßnahmen gegenüber Bürgern anderer Staaten beseitigen sollten. Wir waren uns einig, daß das freiheitliche Asylrecht etwas so Wichtiges ist, daß wir es nicht antasten wollen, sondern gegebenenfalls auf Notmaßnahmen ausweichen müssen.

Eine dieser Notmaßnahmen war die Einführung der **Visumpflicht** die ja nicht nur — das möchte ich ganz deutlich sagen — für türkische Einreisende erlassen wurde, sondern auch für Bewohner anderer Staaten. Dabei sage ich allerdings einschränkend, daß die türkischen Einwanderer oder Einwanderungswilligen die einzigen sind, die in diesem Fall aus einem Mitgliedstaat des Europarates kommen.

Als Abschlußbemerkung möchte ich an Sie alle, meine Damen, meine Herren, die herzliche Bitte richten, diese unsere besondere Situation, sehr nüchtern zu bedenken.

Wir könnten hier natürlich mit sehr großem Pathos Erklärungen abgeben. Wir könnten — wie unser Kollege Dejardin — etwa meinen Freund Erich Mende persönlich angreifen, weil er gestern als alter Freund der Türkei für die Türkei gesprochen hat, aber heute nicht da ist. Ich möchte hinzufügen, daß der Kollege Mende im Augenblick im Auftrage des Europarats mit der Arbeitsgruppe Terrorismusbekämpfung unterwegs ist. — Aber es nützt doch überhaupt nichts, wenn wir uns gegenseitig falsche Vorwürfe machen, und es nützt schon gar nichts, wenn hier Vertreter von Staaten Vorwürfe erheben, von denen man genau weiß, daß ihre Regierungen im Augenblick ähnliche Maßnahmen planen.

Wenn wirklich am 5. Oktober in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich die Visumpflicht eingeführt wird — und daran ändert sich kaum noch etwas —, dann wird es trotzdem weiterhin clevere Geschäftsleute, clevere Gruppen in der Türkei geben, die Menschen, die irgendwo für ein paar Jahre als Gastarbeiter tätig sein wollen, herausschleusen. Meine Damen, meine Herren, dann werden Sie alle aus den Staaten, die dieses Problem bisher noch nicht gehabt haben, erleben, daß sich die Flut solcher Menschen auf Ihren Flughäfen und an Ihren Grenzbahnhöfen staut.

Ich glaube, es wäre unter diesen Umständen vernünftiger, wenn wir uns in drei Monaten auf Grund der gemeinsamen Erfahrungen, die wir dann gesammelt haben, noch einmal über dieses Thema unterhielten. Dann würde klar werden: hier will niemand diskriminieren, sondern hier ist ein Problem entstanden, das europaweit von Bedeutung ist und das man nicht einfach unter Berufung auf eine ehrenwerte Konvention unter den Tisch schaufeln kann. Denn es geht nicht um die Konvention, sondern es geht um die Menschen, die hier in Bewegung gesetzt worden sind.

Reddemann(CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte zu meiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Entschließungsentwurf nur folgendes sagen. Ich bedaure, daß ich so handeln mußte, vor allem auch im Hinblick auf meine türkischen Freunde. Ich bitte herzlich um Verständnis dafür, daß ich mich angesichts der von mir geschilderten Situation nicht anders verhalten konnte; denn ich glaube, daß man aus der Sache heraus und nicht nach dem Gefühl zu entscheiden hat.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Präsident, wenn es ihnen möglich wäre, die genaue Zahl derer, die für und die gegen den Entwurf gestimmt haben, festzustellen. Ich selbst habe ein Verhältnis von etwa 15 zu 2 Stimmen gezählt. Es wäre im Hinblick auf unsere Arbeit insgesamt sicherlich interessant, das genaue Ergebnis zu erfahren.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident, auch mir tut es leid, daß diese Abstimmung in einer Weise erfolgte, bei der mein ablehnendes Votum falsch, nämlich als türkenfeindlich ausgelegt werden könnte. Ich habe mich in der vorangegangenen Debatte über die Situation in der **Türkei** so geäußert, daß wohl jedes Mitglied des Hauses wissen kann, daß ich nicht etwa eine türkenfeindliche Haltung vertrete.

Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, daß ich nicht darum gebeten habe, festzustellen, ob das vorgeschriebene Quorum hier gegeben ist; denn ich wollte die Arbeit dieser Versammlung nicht behindern. Aber ich schließe mich der Bitte von Herrn Reddemann an, die Stimmenzahl festzuhalten, weil sie deutlich macht, wie gering das Interesse an dieser Abstimmung — die doch eine sehr harte Auseinandersetzung betraf — war.

Empfehlung 906 (1980)

betr.: den Visumzwang für türkische Staatsangehörige

Die Versammlung

1. ist tief besorgt über die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs, mit Wirkung vom 5. Oktober 1980 den allgemeinen

Visumzwang für türkische Staatsangehörige einzuführen, und befürchtet, daß andere Staaten, insbesondere die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, entsprechende Maßnahmen ergreifen könnten;

2. unterstreicht den diskriminierenden Charakter dieser Entscheidung im Hinblick auf die Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates;

3. ist überzeugt, daß diese Entscheidung im Widerspruch zu dem Ziel des Europarates steht, eine größere Einheit zwischen seinen Mitgliedern sicherzustellen;

4. ist besorgt, daß Entscheidungen dieser Art die Lage der türkischen Wanderarbeitnehmer innerhalb der Gesellschaft der Aufnahmeländer zu gefährden drohen, insbesondere dadurch, daß sie den Integrationsprozeß bremsen, der häufig unter großen Schwierigkeiten eingeleitet wurde;

5. befürchtet, daß die von der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich ergriffenen Maßnahmen dem türkischen Volk den Eindruck vermitteln, daß sich die europäische Solidarität auf Absichtserklärungen beschränkt und nur teilweise auf diejenigen Länder Anwendung findet, die auf Grund ihrer geographischen Lage und ihrer historischen Entwicklung nicht die gleiche industrielle Entwicklung wie die meisten anderen Staaten Westeuropas und insbesondere diejenigen der Europäischen Gemeinschaften erfahren haben;

6. stellt fest, daß die Türkei zu wiederholten Malen ihre bedingungslose Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses unter Beweis gestellt hat, und vertritt die Ansicht, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten Maßnahmen vermeiden sollten, die die pro-europäische Tendenz in diesem Lande gefährden könnten, dessen Nachbarn mit einer einzigen Ausnahme weder parlamentarische noch demokratische Regierungsformen haben;

7. empfiehlt dem Ministerkomitee:

   i. bei den Regierungen der Mitgliedstaaten, die den Visumzwang für Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten eingeführt haben, darauf zu bestehen, daß sie diese Entscheidungen überprüfen und unverzüglich widerrufen;

   ii. die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten und insbesondere derjenigen der Europäischen Gemeinschaften aufzufordern, keine entsprechenden Maßnahmen gegen türkische Staatsangehörige zu ergreifen.